

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 38. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 4 2003

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten

Unsere neue Eidgenössische SD-Volksinitiative



Rudolf Keller,
Landrat/
e. Nationalrat
und SD-Zentralpräsident,
Frenkendorf

Nach einigen Jahren Nichtstun an der Initiativenfront, hat sich der Zentralvorstand aufgrund von intensiven Gesprächen und Analysen entschlossen, eine neue Eidgenössische Volksinitiative zu starten.

Wir sind eine politische Partei. Und wer für seine Partei nichts tut, der hat auch nicht das Recht, etwas zu kritisieren! Und der kann natürlich bei Wahlen auch nicht erwarten, dass ihn die Wählerinnen und Wähler mit mehr Stimmen belohnen. Oder anders ausgedrückt: **Stillstand ist Rückschritt. Darum ist es höchste Zeit, dass wir wieder die Initiative an uns reissen und aus unserem parteipolitischen Dornröschenschlaf erwachen.**

Das will nicht heissen, dass wir in den letzten Jahren gar nichts getan hätten. Aber es ist doch so, dass sich die überfremdungspolitische Situation in unserem Lande dermassen zugespitzt hat, dass aktives Handeln ange-sagt ist.

Unser
Initiativtext

Neuer Art. 121
Abs. 3 der Bundesverfassung:
Die Zahl der in

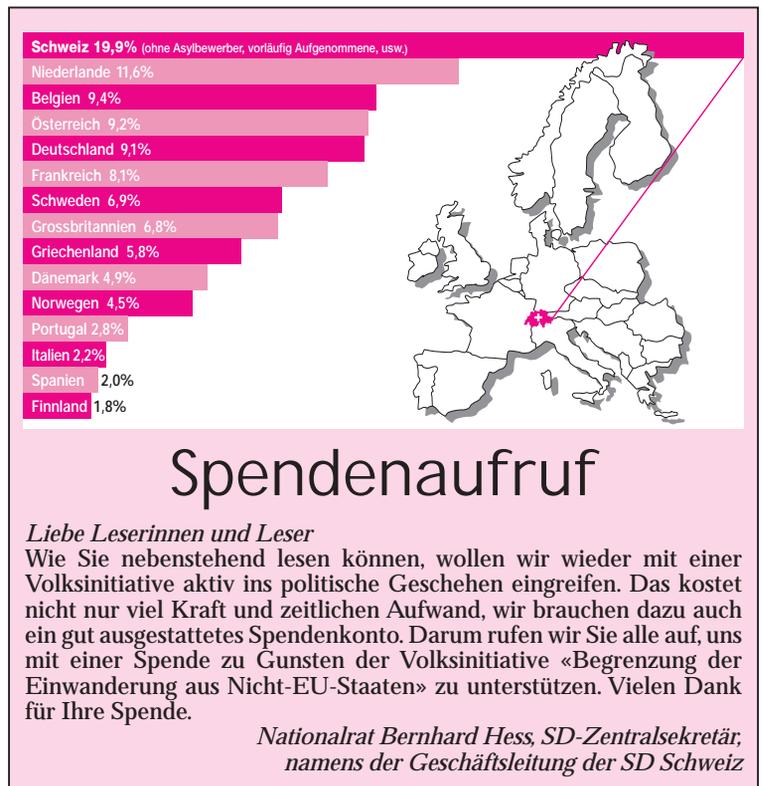
einem Jahr einwandernden Personen, einschliesslich derjenigen, die ein Asylgesuch stellen, oder deren Wegweisung weder möglich, zulässig noch zumutbar ist, darf nicht höher sein, als die der im Vorjahr ausgewanderten Personen. Nicht mitgezählt werden:

- Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer;
- Personen, die sich mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung weniger als zwölf Monate in der Schweiz aufhalten;
- Angehörige von Staaten, mit welchen die Schweiz Abkommen über den freien Personenverkehr abgeschlossen hat;
- Angehörige diplomatischer und konsularischer Dienste sowie internationaler Organisationen.

Vorbehalten bleiben zwingende Bestimmungen des Völkerrechts. Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Der Mechanismus der Initiative

Unsere Volksinitiative basiert auf einem einfachen Mechanismus. Seit in unserem Lande eine Ausländerstatistik geführt wird, gab es immer eine freiwillige Auswanderung. Das bedeutet, dass man genaue Erfahrungswerte darüber hat, wie viele Leute jedes Jahr einreisen und auch wieder ausreisen. Im Jahr 2001 kamen beispielsweise 48'640 Leute mehr ins Land als ausreisten. Dieser Wanderungssaldo war in den letzten Jahrzehnten nie Null – selbst nicht im Zweiten Weltkrieg. Darum kann man, wenn man die Vorjahreszahlen kennt, jeweils recht genau festlegen, wie viele Menschen höchstens neu ins Land einreisen dürfen. Unsere Initiative ist also einfach umsetzbar. Und wenn es denn einmal zu einer ausserordentlichen Situation kommen sollte (beispielsweise bei einem Krieg oder einer akuten politischen Krise), dann kommt der völkerrechtliche Vorbehalt zum Tragen, den wir im Initiativtext bewusst formuliert haben. Dieser liesse in einer solchen Situation eine Ausnahmeregelung zu. **Der Initiativtext ist also einerseits griffig**



und andererseits auch flexibel. Klar war bei der Formulierung der Initiative sodann, dass wir die bestehenden Bilateralen Verträge mit der EU/EFTA respektieren mussten. Die Einwanderung aus dem EU-Raum ist von unserer Initiative nicht tangiert, denn das Volk stimmte diesem Einwanderungsmechanismus in einer Volksabstimmung leider zu. Und etwas böse gesagt in Bezug auf die momentane Weltlage: Die nichtsnutze UNO kann in Genf bleiben...

Was man wissen muss

Der Text ist eindeutig und klar formuliert. Er richtet sich gegen die Masseneinwanderung aus Nicht-EU-Staaten. Denn 41,5% aller Einwandernden stammen aus Nicht-EU- oder Nicht-EFTA-Ländern. Der Ausländeranteil steigt und steigt – und dies trotz Masseneinbürgerungen. Man schaue sich nur einmal in den Städten und grösseren Ortschaften um, woher die Leute kommen. Meist sieht

man es ihnen an! Zwischen 1980 und 2003 vervierfachte sich die Zuwanderung aus Afrika, Asien sowie Mittel- und Südamerika.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Sinn und Unsinn von 1.-Mai-Feiern
- 3 Der Fluch der bösen Tat!
- 4 Warum so viele Entlassungen?
- 5 SD im Nationalrat
- 6 «Stupid White Men»
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Einwanderungsbegrenzung

Fortsetzung von Seite 1

Einwanderung

	1980	1990	2001	2003
Afrika	8'455	16'782	34'693	noch mehr
Mittel- und Südamerika	7'277	13'924	28'581	noch mehr
Asien	18'398	33'912	62'909	noch mehr

Man könnte die Situation auch so formulieren: Gebt ihnen noch zwanzig Jahre Zeit und ihr werdet unser Land nicht wiedererkennen! Das sollte für uns alle eigentlich schon ein grosser Motivationschub sein, nun ans Sammeln der Unterschriften zu gehen. **Etwas mehr als 100'000 Unterschriften müssen wir in kurzer Zeit zusammentragen. Dies erfordert die Mitarbeit aller!** Unsere Volksinitiative ist ein griffiges Instrument gegen die Einwanderung aus kulturfremden Regionen. Und auf der Rückseite des Unterschriftenbogens kann man sehr viele interessante weitere Details zur Einwanderungssituation in unserem Lande lesen.

Wie zu erwarten war, haben die Medien die Lancierung unserer Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» fast gänzlich totgeschwiegen. Die vielbeschworene Pressefreiheit gibt es in unserem Lande wohl nur noch auf dem Papier.

Beim Unterschriftensammeln ist zu beachten:

- Pro Bogen dürfen nur stimmberechtigte Leute aus derselben Gemeinde unterschreiben.
- Die Leute müssen handschriftlich und gut leserlich unterschreiben.
- Alles ist auszuschreiben, Gänsefüsschen sind verboten!
- Die Beglaubigungen werden von den SD eingeholt.

Wir müssen also selbst dafür sorgen, dass unsere Sammelaktion im Volk bekannt wird. Deshalb geht es nun munter ans Werk. **Sammeln Sie Unterschriften in Ihrem Bekanntenkreis und schicken Sie die teilweise oder ganz gefüllten Bogen laufend an die Schweizer Demokraten SD, Postfach 1213, 5401 Baden.** Wir wollen über den Stand der vorhandenen Unterschriften jederzeit im Bilde sein und werden ab Mai den Stand der Unterschriftenzahlen monatlich in unserer Zeitung publizieren. Ein hartes Stück Arbeit steht uns also bevor. Wenn man die grossen Wahlprüfungen anderer Parteien hört, die jetzt angeblich plötzlich auch gegen die allzustark forcierte Einwanderung sind, dann müsste man eigentlich davon ausgehen, dass wir genügend Unterschriften zu-

Sinn und Unsinn von 1.-Mai-Feiern

Wer, Redner wie Demonstrant, wüsste überhaupt, was er am 1. Mai «feiert». Ich jedenfalls nicht. Doch jetzt bin ich auf Grund einer in Wien erschienenen «Eckart-Schrift» fündig geworden. In deren Heft 126 geht der Verfasser der Frage nach, wie im Verlauf von 300 Jahren deutschsprachige Einwanderer zu Amerikanern wurden. Diese – meist protestantischen Glaubens – darunter viele Sektenanhänger (so 1694 eine christlich-kommunistische Bruderschaft) gelangten in ständig grösserer Zahl ins «Gelobte Land», das genau errechnete Tausendjährige Reich erwartend «nach dem sie dann auch täglich mit dem Fernrohr Ausschau halten». Doch waren sie äusserst intolerant. «1710 schicken die Engländer aus der Emigranten-gruppe 3584 Katholiken wieder aufs «europäische» Festland zurück». Im selben Jahr ziehen Schweizer Mennoniten und Pfälzer

unter Führung des Berner Grosskaufmanns Christoph von Graffenried und Louis Michel nach Carolina und gründeten New Bern. So wurde die «Neue Welt» zum Tumfeld von Sekten. Sie scheint es bis heute geblieben. Viele der Ausgewanderten wollten auch «eine neue Revolution organisieren oder in Europa entwickelte sozial-kommunistische internationale Vorstellungen verbreiten». Dies zum Verständnis, was nachfolgend bezüglich des 1. Mai zu lesen ist.

Epizentrum Chicago

Friedrich Engels (1820-1895) frohlockt: «In Amerika geht die Sache jetzt mächtig an». In Chicago kam es zu einer Massendemonstration gegen – unzweifelhaft bestehende – verheerende Arbeitsbedingungen. Während dieser, zu der fünf (!) dortige deutsche Arbeiterzeitungen aufgerufen hatten, ex-

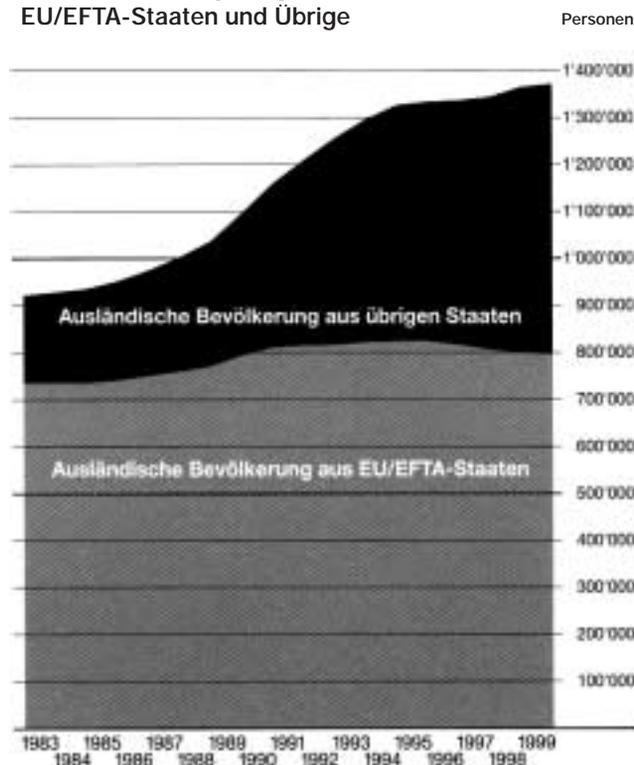
plodierte eine Bombe. 60 Polizisten «wurden zu Boden gestreckt», sieben waren auf der Stelle tot, mehrere auf Dauer verstümmelt. Wer die Bombe gezündet, wurde nicht klar. Des «roten Anarchismus» verdächtige vier Deutsche endeten am Galgen mit dem Ruf «Hurra für die Anarchie». Dem Trauerzug folgten über 30'000 Personen.

1. Mai als Gedenktag

Die nie restlos geklärte «bis dato grösste Justizfarce der amerikanischen Geschichte» gab Anstoss zu den bis heute weltweit – mit Ausnahme der USA – stattfindenden 1.-Mai-Feiern. Dies gemäss Beschluss der Zweiten Internationale von 1889, als sogenannter «Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung». Auch wenn noch immer, und dies gerade in den USA, Fundamentalismus, Überheblichkeit, Armut, Rassendiskriminierung wie damals vorhanden sind, lassen sich diese nicht durch Aufmärsche beseitigen. Was ändern verummte Randalierer des «Schwarzen Blocks» und der sogenannte «Revolutionäre Aufbau»? Eher als in Zürich, wäre Chicago dafür der Ort. So ist der 1. Mai für uns Schweizer ein ganz und gar unnötiger «Feiertag» und etwas allzuviel Ehre für die vier vor über einem Jahrhundert dort Erhängten, seien diese nun schuldig oder unschuldig.

Robert Berner, Rheinfelden

Entwicklung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung, aufgeteilt nach EU/EFTA-Staaten und Übrige



sammenbringen. Wir wissen aber aus früheren Zeiten, dass es sehr viel Kraft und Aufwand braucht, um das Ziel zu erreichen.

Sammeln an Ständen und Messen

Melden Sie sich bei Ihren Sektionspräsidenten, beim Zentralsekretariat oder über unser Initiativpostfach in Baden zur Mithilfe an. Es gibt viele Messen wie OLMA, BEA, LUGA, MUBA, Comptoir usw. Und es finden landauf landab ungezählte Märkte statt, die ideal zum Sammeln sind. Grundsätzlich hat es sich bewährt, für solche Aktionen Gruppen von drei bis fünf

Leuten zusammenzustellen um so unser Ziel zu erreichen. **Setzen wir jetzt ein politisches Zeichen, damit unser Land überhaupt noch eine Zukunft hat, gehen wir tatkräftig ans Werk!**

Man kann den Unterschriftenbogen kopieren und so selbst aus einem mehrere Bogen machen. Vorderseite genügt.

Man kann den Unterschriftenbogen auf unserer Internet-Seite herunterladen: www.schweizer-demokraten.ch

Man kann weitere Bogen bestellen bei Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern, Fax 031 974 20 11.

Quelle: Bernd G. Längin (Winnipeg 1993) «Aus Deutschen werden Amerikaner» im Verlag der Österreichischen Landsmannschaft, Wien.

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

Der Fluch der bösen Tat!

«Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend, immer Böses muss gebären.»

Fr. v. Schiller in Piccolomini

Seit Ariel Sharon durch seinen provokativen Besuch des Tempelberges die 2. Intifada ausgelöst hat, reissen die Gewalttätigkeiten in Palästina nicht mehr ab.

Steinwerfende Jugendliche werden mit Gummigeschossen und Tränengas, auch mit gezielten Todesschüssen «zur Ruhe» gebracht. Angriffe von Heckenschützen beantwortet Sharons Militär mit masslosen Vergeltungsschlägen auf Einrichtungen der palästinensischen Autonomiebehörden und der Ermordung von zahlreichen Polizisten und Führungspersönlichkeiten.

Erste Selbstmord-Attentate zweifelter Palästinenser lösten die Jagd auf angebliche Terroristen mit Kampfhelikoptern und Raketen aus. Die empörten Proteste aus dem In- und Ausland wurden mit spöttischen, überheblichen Kommentaren der israelischen Behörden quittiert.

Der Tod des israelischen Ministers Rechawam Seewi, eines notorischen Scharfmachers im israelischen Kabinett, wurde zum Vorwand für einen regelrechten Krieg einer hochgerüsteten Armee gegen eine hilflose Bevölkerung. Tod und Zerstörung der Lebensgrundlagen und der gesamten Infrastruktur als Mittel zur Befriedung eines seit langen Jahren unterdrückten Volkes? – Welch ein Wahnwitz! Damit begab sich Israel zweifellos in eine dramatische Sackgasse.

Und jetzt erst begannen die UNO, Bush, die EU und zahllose humanitäre Organisationen den blindwütenden Sharon zur Mässigung zu ermahnen. Arrogant wies er jeden Appell zurück, behindert die UNO bei der Abklärung allfälliger Verbrechen gegen die Menschlichkeit z.B. in Jenin. Die Beschlüsse der UNO werden – wie schon oft seit 1967 – mit Rückendeckung der Amerikaner höhnisch zurückgewiesen. Um die UNO foutiert man sich in Israel!

Kurz, Ariel Sharon benimmt sich – offenbar unterstützt von einer grossen Mehrheit des israelischen Volkes – wie der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen. Er trieb es soweit, dass er genau im Zeitpunkt der dramatischsten Spannungen den Bau einer weiteren jüdischen Gross-Siedlung in palästinensischem Gebiet ankündigte. Damit den Verdacht bestätigend, dass er keinen Frieden, wohl aber ganz Palästina will.

Wer sich erlaubt, das barbarische israelische Vorgehen gegen die palästinensische Bevölkerung zu kritisieren, wurde und wird sofort als «Antisemit» angeschwärzt und diskriminiert. Die Erinnerung an



Martialischer Aufzug: US-Marine-Infanteristen fern der Heimat.

den Holocaust wird zur Entschuldigung aller aktuellen Verbrechen Israels in miesester Art missbraucht.

Und die Juden in aller Welt wundern sich über die Folgen solchen Tuns!

«An bösen Taten lernt sich fort die böse Tat.» Sophokles in Elektra

Zu Beginn der 80er Jahre wollten die USA unbedingt den schiitischen Gottesstaat Khomeinis – den Iran – vernichten. Also ermunterten sie Saddam Hussein zum Krieg und halfen ihm die Waffenkäufe zu finanzieren. 8 Jahre lang war Saddam das Hätschelkind von Ronald Reagan und seines Vize George Bush. Die Franzosen unter Premier Chirac verkauften ihm modernste Waffen en masse. Und in kritischen Phasen lieferten auch die Russen grosszügig Panzer und Artillerie. Das kostete schliesslich 100'000en junger Iraner und Iraker das Leben. Der CIA wusste über die verbrecherische Karriere von Saddam Hussein bestens Bescheid. Aus seinen Kreisen stammt der verbürgte Ausspruch:

«Dass er ein Hurensohn ist, wissen wir, aber er ist unser Hurensohn.»

Und Premier Jacques Chirac pries Saddam Hussein als «ami de la France».

Niemand protestierte, als Saddam Hussein Giftgasgranaten gegen die wehrlosen iranischen Kinder-Soldaten einsetzte.

Als aber der Iran gedemütigt und besiegt war, wendete sich das Blatt. Plötzlich «erkannten» die USA Saddam Hussein als den überaus gefährlichen Diktator am Tigris.

Die Raketen und die chemischen Kampfstoffe, die Saddam Hussein so überaus nützlich zur Eindäm-

mung des schiitischen Fundamentalismus eingesetzt hatte, wurden zur unerträglichen Bedrohung, falls sie sich eines Tages gegen den mit den USA aufs engste verknüpften Judenstaat oder gegen den saudischen Vorzugsalliierten richten sollten.

(Zitat aus Peter Scholl-Latours: «Kampf dem Terror – Kampf dem Islam?», Seite 152)

Schlagartig setzte durch die amerikanischen Medien eine unvorstellbare Hetze gegen den Irak ein – zu einem Zeitpunkt, als von einem Konflikt um Kuweit noch nirgends die Rede war. Den USA ging es darum, Saddam Hussein zu einem gefügigen Vasallen zu machen. Darum der 1. Golfkrieg, dessen Begründung geschickt inszeniert wurde, wie heute allgemein bekannt ist.

Dann das 10 Jahre dauernde Embargo, das schätzungsweise 500'000 Kindern das Leben kostete und den Irak verarmen liess. Entgegen aller Erwartungen aber den Willen des Rais nicht brechen konnte. Deshalb musste jetzt der 2. Golfkrieg inszeniert werden. Und jetzt sind wir Zeugen einer neuerlichen, schaurigen, verlogenen Propaganda- und Zerstörungswalze.

«Gefährlich ist's den Leu zu wecken, verderblich ist des Tigers Zahn; Jedoch der Schrecklichste der Schrecken,

das ist der Mensch in seinem Wahn.» Fr. v. Schiller im «Lied von der Glocke»

Jetzt sind wir soweit, dass es unter dem Schlagwort, «Kampf dem Terror» zu einem Kampf der Kulturen kommen kann. Die bösen Taten tragen Früchte, wie es die nicht mehr abreisende Kette von Terroranschlägen tragisch beweist.

Was seit dem Kosovo Krieg durch die amerikanische Aggressionspolitik passierte, beschrieb der emeritierte Professor für Politikwissenschaft, Alois Riklin dieser Tage wie folgt:

«Sowohl der Kosovo-Krieg 1999 als auch der Afghanistan-Krieg 2002 haben bewiesen, dass ein «sauberer», die Zivilbevölkerung schonender Krieg nicht praktiziert wird. Mangels militärischer Ziele wurden in Jugoslawien zivile Ziele – Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Fabriken, Brücken und Verkehrswege – unter Inkaufnahme von zivilen Opfern unter Beschuss genommen. Das waren keine unbeabsichtigten Kollateralschäden, sondern absichtliche Verletzungen der Genfer Konventionen. Wie viele zivile Opfer der Afghanistan-Krieg 2002 gekostet hat, wird nicht ermittelt oder geheim gehalten; sicher sind es mehr als die 3000 Opfer in den Türmen von New York. Warum sollte es in einem Irak-Krieg anders sein?»

Mittlerweile kennen wir die Antwort auf die rhetorische Frage von Prof. Riklin. Die Bombardements im Irak nehmen keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung und ihre Bedürfnisse. Seit den kriegsverbrecherischen Totalzerstörungen deutscher und japanischer Städte am Ende des 2. Weltkrieges (Dresden, Berlin, Hiroshima, Nagasaki) scheint es zur militärischen Tradition der US-Amerikaner zu gehören, sich über die Genfer Konventionen und das Kriegsrecht hinwegzusetzen. Wenn dies allerdings die Gegner tun, wird ihnen sofort mit dem Kriegstribunal nach Bush-Manier gedroht.

Gut, dass es auch in den USA Stimmen gibt, die offen und hart anprangern, was zur Zeit gespielt wird. So etwa George Moffet, der sich vor wenigen Tagen wie folgt vernehmen liess:

«Die sind grossenwahnsinnig geworden, greifen nach der Weltmacht, und das Ekelhafte ist, dass sie darüber auch ihre Geschäfte nicht vergessen». Und meint die grossen Aufträge zur Erneuerung der Ölanlagen im Irak, die angeblich bereits an den Halliburton-Konzern vergeben wurden. Der war von Vizepräsident Dick Cheney vor dessen Rückkehr in die Politik geleitet worden. Der Kurs der Halliburton-Aktie ist seit dem Herbst um 50% gestiegen.

Über die langfristigen Folgen der bösen Taten kann zur Zeit nur spekuliert werden. Sicher ist, dass mit Lüge, Heuchelei und brutaler Gewalt keine friedliche Welt erbaut werden kann. Das sollten sich auch jene israelischen Politiker merken, die sich aus dem Chaos im Nahen Orient für ihre Sache einen entscheidenden Gewinn versprechen.

Hans Spitz, Köniz

Warum so viele Entlassungen?

Die Wirtschaft geht weder in der Schweiz noch anderswo besonders gut, trotz der von fast allen angepriesenen «Liberalisierungen» in Richtung der so genannten Globalisierung. Die Zahl der Arbeitslosen steigt, nicht nur in der Schweiz. Auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht, pflegen Wirtschaftsexperten jeweils fast einhellig zu antworten, die Liberalisierung, das heisst der Abbau von Grenzen, Zollschränken, Gebühren, versteckten Handelshemmnissen usw. erfolge eben zu spät, zu langsam und zu wenig radikal. Man wirft der Schweiz zum Beispiel vor, sie habe deswegen in den Neunzigern nur ein minimales «Wachstum» des Bruttosozialprodukts? einwanderungsbedingt auch der Bevölkerung?) gehabt.

Ich bin kein Wirtschaftsexperte. Aber man könnte die Sache auch anders herum lesen! Von der Logik des zeitlichen Ablaufs her trifft dieses andere Lesen sogar weit eher die Wahrheit: ist es nicht gerade diese «Ein-einziger-Weltmarkt-Ideologie», welche das wirtschaftliche Elend erst herbeiführt? Trotz geringem wirtschaftlichem Wachstum und einer angeblichen «Wachstumsschwäche» hatte die Schweiz in den Neunzigerjahren nämlich eine kleine Arbeitslosenzahl, kleiner jedenfalls als die der meisten europäischen Länder. Schliesslich ist es nicht die Aufgabe einer Volkswirtschaft, ein möglichst grosses Wachstum des Bruttosozialprodukts zu erzielen, sondern möglichst dem ganzen Volk ein Auskommen, Arbeit und Brot zu verschaffen! Wegen des herr-

schen Globalismus ist ja keine Regierung mehr in der Lage, eine echte Volkswirtschaftspolitik zu betreiben, die diesen Namen auch verdient – ganz abgesehen von der unökologischen Verlängerung der Transportwege! Stattdessen gelten nur noch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte grosser multinationaler Unternehmen, und die wirken sich nicht im tatsächlichen

Interesse der jeweiligen Völker aus! Die andauernde Verteufelung eines angeblichen Protektionismus geht wahrscheinlich daneben! Eine Wirtschaftspolitik, die »Wachstum« maximieren will, endet dann notwendigerweise in einer Reihe von Rezessionen.

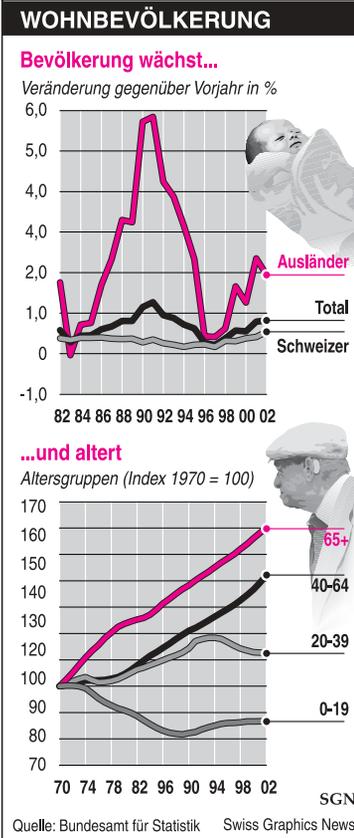
Was wir brauchen, ist eine stabile Wirtschaft. Die ist allerdings nur mit einer harmonischen Bevölkerungsentwicklung zu haben! Eine solche ist nur möglich ohne Masseneinwanderung und mit einer Geburtenziffer, welche die Erhaltung der Volkssubstanz gewährleistet und so deren Altersversorgung sicherstellt.

Beide Bedingungen sind zur Zeit weder für die Schweiz noch für das übrige Europa erfüllt. Wir stehen ökonomisch und demografisch vor der paradoxen Situation, dass wir zwar eine extrem niedrige Geburtenziffer haben, aber unsere Lehrlinge (und auch Jungakademiker!) dennoch Mühe bekunden, eine Stelle zu bekommen. Das zweite Paradox besteht darin, dass fast überall darüber geklagt wird, die Berufstätigen hätten für immer mehr Rentner aufzukommen, die so genannte «Wirtschaft» sich aber darauf kapriziert, immer mehr ältere Arbeitnehmer vorzeitig, das heisst vor Erreichen des Rentenalters und gegen ihren Willen, in Rente zu schicken oder einfach zu entlassen. Dafür stellen sie lieber junge Ausländer ein! Trotz der wachsenden Zahl von Arbeitslosen ist die normale Einwanderung (also nicht von Asylsuchenden!) nämlich nicht etwa zurückgegangen, sondern hat sich sogar beschleunigt!

Das sture Festhalten an der verfehlten Einwanderungspolitik hat zu einer demografisch völlig verfahrenen Lage geführt! Dass die Situation sozialpolitisch voller Sprengkraft ist, sei nur am Rande vermerkt.

Auch wird der Tatbestand von den meisten grossen Medien nicht etwa kritisiert, sondern das Gegenteil ist der Fall: die werden nicht müde zu betonen, die Schweiz brauche (wegen des Geburtendefizits!) Einwanderung, und das obschon die jungen Leute im eigenen Land keine Lehrstellen mehr finden! Mit andern Worten: was die Medien zur objektiv völlig verfahrenen Lage herauslassen, ist wirr, inkohärent und widersprüchlich. Offenbar haben sie sich stur und unberührt von den Nachrichten von der Front auf die Gleichung eingeschossen: Einwanderung ist gut, wer sich dagegen wendet, ist böse und ein Fremdenhasser, und dies obschon die Weiterführung einer solchen Politik zum Untergang des eigenen Volks führen muss! Der durch die Einwanderungspolitik angeblich erzeugte Wohlstand war ein Pseudowohlstand, der hauptsächlich durch den Verzicht auf eigene Kinder zu Gunsten des Imports fixfertig ausgebildeter Arbeitskräfte aus dem Ausland zu Stande kam. Jetzt wird uns die Zechke präsentiert! Sie ergibt sich u. a. aus der übergrossen Zahl alter Leute, die zu versorgen sind, vermehrt durch Fremdarbeiter, die eben auch alt werden. Keine Gesellschaft kann nämlich auf die Länge überleben, ohne auf den eigenen Nachwuchs zu achten.

Jean-Jacques Hegg, Gemeinderat,
a. Nationalrat, Dübendorf



Armee XXI und Schweizer Armeemuseum

Es gibt zahlreiche Militärmuseen in der Schweiz und zahllose militärische Anlagen mit musealem Charakter! Doch ein eigentliches Schweizer Armeemuseum, welches die Entwicklung des Schweizer Wehrwesens seit dem Bundesvertrag von 1815 und dem Allgemeinen Militär-Reglement von 1817 präsentiert, das gibt es nicht. Ob Abneigungen gegen zentralistische Einrichtungen als Spätfolgen der Helvetik von 1798 bis 1802 einem solchen Projekt in Gestalt des «Kantönligestes» im Weg standen, soll hier nicht untersucht werden. Zwar gehen Bemühungen für ein solches Museum bis in die Zwischenkriegszeit im letzten Jahrhundert zurück, und einige Jahre war bis 1961 im Schloss Schadau in Thun eine Militär-Ausstellung der Öffentlichkeit zugänglich. 1978 wurde der heutige Verein Schweizer Armeemuseum (VSAM)

gegründet. Ende der 90-er Jahre sah es gut aus für dieses Projekt: Die ehemalige Pferderegieanstalt beim Waffenplatz Thun wurde vom VBS zur Verfügung gestellt und ein Kredit für die baulichen Anpassungen von über 9 Millionen Franken im Bauvoranschlag 1998 eingestellt. Leider gelang es aber der Stiftung Schweizer Armeemuseum nicht, die nötigen finanziellen Mittel von privater Seite für Einrichtung und Betrieb des Armeemuseums aufzubringen; und das Projekt konnte nicht realisiert werden. Eine Eingabe des VSAM an die Landesregierung über weitergehende Beteiligung des VBS wurde vom Bundesrat abgelehnt mit dem Hinweis auf die angespannten Bundesfinanzen und dass dafür keine gesetzliche Grundlage bestehe. Dass es aber in der Bundeskasse noch genug Geld hat – wenn man nur will – wissen wir seit dem

SWISSAIR-Debakel und seit dem Expo.02-Defizit. Für die gesetzliche Grundlage versuchte der VSAM bei der Ausgestaltung des Militärgesetzes für die Armee XXI Einfluss zu nehmen. Und es sah gut aus; die vorberatende Kommission des Ständerates empfahl mit 13:0 Stimmen, «die Geschichte der Schweizer Armee und des VBS der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.» In der Abstimmung im Ständerat wurde der Antrag aber mit 15:14 Stimmen abgelehnt! Bekanntlich hat der Ständerat aber 46 Mitglieder, das heisst dass rund ein Drittel der Mitglieder bei der Abstimmung abwesend waren. Da solche Zustände zum Alltag in den eidgenössischen Räten gehören, so war dies auch kein Anlass für besondere Aufmerksamkeit...

Gegen die Änderung vom 4. Oktober 2002 des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) wurde das Referendum ergriffen. Ein zentrales Argument gegen diese Änderung des Militärgesetzes lautet wie folgt: «Das Militärgesetz schafft die direkte Demokratie in wichtigen

Armeefragen ab. Gemäss geplantem Militärgesetz sollen Bundesrat und Bundesversammlung zentrale Armeebelange in Verordnungen regeln können. Diese Verordnungen unterstehen aber nicht dem Referendum. Dadurch hätten die Behörden in Zukunft freie Bahn, die Armee ohne Mitbestimmung des Volkes umzugestalten.»

Das Referendum, über welches das Schweizer Stimmvolk am 18. Mai abstimmen muss, höhlt die Reputation der Armeeführung und die Glaubwürdigkeit im sicherheitspolitischen Umfeld aus. Und das ist schlecht! Allein die Vorstellung aber, dass die Bundesversammlung – von welcher ein guter Teil während der Sitzung persönlichen Geschäften nachgeht – in Zukunft abschliessend über die Gestaltung der Schweizer Armee entscheiden kann, weckt Unbehagen und steht im Widerspruch zum Prinzip der Volksarmee, die der Stolz der Schweizerischen Eidgenossenschaft seit alters her ist. Darum ist das Militärgesetz über die Armee XXI zu verwerfen!

Christian Wyss, Winkel-Rüti/ZH



Extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter lebenslang verwahren!

Votum von SD-Nationalrat Bernhard Hess, Bern, anlässlich der Nationalrats-Debatte vom 12. März 2003

Das Hauptmotiv des vorliegenden Volksbegehrens besteht eindeutig darin, dass wir es jedem Kind, jedem Jugendlichen und allen anderen Menschen in unserem Lande schuldig sind, endlich alle rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass Sexual- und Gewaltstraftäter, die als nicht therapierbar eingestuft werden, lebenslang verwahrt bleiben und nie mehr die Gelegenheit erhalten, neue furchterliche Straftaten an unschuldigen Opfern zu begehen.

Selbst wenn auch nur das absolut kleinste Risiko hinsichtlich eines solchen Straftäters noch bestehen sollte, darf dieses Risiko niemals auf die Gesellschaft abgewälzt, sondern muss einzig und allein vom Täter getragen werden. Das Volksbegehren erkennt sehr wohl an, dass der Gesetzgeber in der Schweiz, nicht zuletzt beim Entwurf des Strafgesetzbuches, auf Grund zahlreicher Mordtaten rückfälliger Straftäter darum bemüht war und ist, den Schutz der Gesellschaft vor derartigen Taten generell zu verbessern. Deshalb will die Initiative auch gar kein neues Gesetz, geschweige denn irgendwelche gravierenden Änderungen unseres Rechtssystems. Den Urheberinnen und Urhebern geht es einzig nur darum, eine Lücke, allerdings eine entscheidende und Leben bedrohende, im Strafgesetzbuch für immer zu schliessen.

Leidvolle Erfahrung

Die Forderung, die die vorliegende Volksinitiative in der Verfassung zur Schliessung dieser Lücke verankern will, bezieht sich ausschliesslich auf die extrem gefährlichen Sexual- und Gewalttäter, die auf der Basis zweier unabhängig voneinander erstellter Gutachten als nicht therapierbar, also als unheilbar oder unbehandelbar, verurteilt worden sind. Diese spezielle Tätergruppe wird allerdings – und das ist gesetzlich auch in Zukunft vom Bundesrat so vorgesehen – in der

Verwahrung genauso behandelt wie die Tätergruppe, die als therapierbar eingestuft wird. Genauso wie die therapierbare Tätergruppe soll auch jeder einzelne unbehandelbare Schwerverbrecher regelmässig überprüft werden, obwohl bei ihm laut Urteil jegliche Behandlung unsinnig ist und demnach auch gar keine prüfungswerte Veränderung eingetreten sein kann. Aus leidvoller Erfahrung wissen wir, dass diese Überprüfungen immer wieder zur Erteilung von Hafturlaub oder gar zur Entlassung unbehaltbarer Täter und zum Tod zahlreicher Menschen geführt haben.

Die Initiative will, dass derart gefährliche, unheilbare Sexual- und Gewaltstraftäter nicht mehr vorzeitig aufgrund irgendwelcher Überprüfungsergebnisse freikommen und Leib und Leben der Menschen in der Schweiz noch einmal gefährden können.

Häufig wird dem vorliegenden Volksbegehren vorgeworfen, dass der Initiativtext nicht wenigstens vorsieht, dass nicht therapierbare Täter dann in die Freiheit zu entlassen sind, wenn sie alters- oder gesundheitsbedingt keine Gefahr mehr für die Öffentlichkeit darstellen würden. Nach meinen Informationen haben sich auch die Initiantinnen und Initianten diese Frage gestellt und bewusst auf diese Möglichkeit verzichtet. Dabei sind sie davon ausgegangen, dass ein zu lebenslanger Verwahrung verurteilter, nicht therapierbarer Sexual- und Gewaltstraftäter, der viele Jahre im Strafvollzug verwahrt worden ist, käme er bei einer alters- oder gesundheitsbedingten Freilassung in eine ihm kaum noch bekannte, ihm äusserst feindlich gegenüberstehende Gesellschaft zurück, sich in dieser kaum noch zurechtfinden und zum absoluten Aussenseiter würde.

Für einen Schwerstkriminellen, wie beispielsweise Werner Ferrari, stellt die Strafanstalt, in der er über Jahr-

zehnte hinweg verwahrt wird, die gewohnte Lebensumgebung dar, in der er seinen Platz hat und die ihm vertraut ist. In dieser Einrichtung wird er dann auch bei gesundheitlichen oder altersbedingten Problemen in der Regel besser betreut und versorgt werden als in einer ihm dann fremden Gesellschaft.

Rechte der Opfer im Mittelpunkt

Die Initiative verstösst also keineswegs gegen die Menschenrechte

oder rechtsstaatliche Grundsätze der Schweiz. Im Gegenteil: Die Träger des Volksbegehrens stellen bewusst die Rechte der Opfer in den Mittelpunkt.

Ich komme zum Schluss: Wir sollten alles daran setzen, dass in Zukunft kein Mensch mehr sein Leben verliert, weil ein extrem gefährlicher, nicht therapierbarer Sexual- oder Gewalttäter frühzeitig entlassen wird. Deshalb bitte ich Sie, dem vorliegenden Volksbegehren zuzustimmen.

Der Bundesrat und die Ausländerpolitik

Nicht gehaltene Versprechungen

PM. Der Bundesrat hat gegen die anhaltende Zuwanderung immer wieder verschiedene Eindämmungsversuche unternommen und Massnahmen angekündigt:

1986 erliess der Bundesrat die «Verordnung zur Begrenzung der Zuwanderung». Deren Ziel war ein «ausgewogenes Verhältnis» zwischen schweizerischer und ausländischer Bevölkerung. Bewirkt hat die Verordnung offensichtlich kaum etwas, stieg doch die Ausländerzahl unaufhaltsam weiter: Zum Zeitpunkt des Erlasses lebten rund 940'000 Ausländer in der Schweiz, während es heute bereits 1'368'000, also über 45 Prozent mehr sind.

Die Expertise zur Ausländerpolitik einer «Strategiegruppe» aus dem Jahre 1989 blieb ohne praktische Auswirkungen.

Im Mai 1991 erschien der Bericht des Bundesrates zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik. Dieser formulierte die Zielsetzung, es solle die Einwanderung begrenzt und eine restriktive Zulassungspolitik umgesetzt werden. Zur Durchset-

zung dieser Politik sollte das sogenannte «Modell der drei Kreise» dienen. Ex-Jugoslawien wurde nicht mehr als Rekrutierungsgebiet für ausländische Arbeitskräfte bezeichnet. Auch dieser bundesrätlichen Absicht blieb jeglicher Erfolg verwehrt, stieg doch die Zahl der in der Schweiz lebenden Personen aus Ex-Jugoslawien von 116'000 im Jahre 1990 auf 331'000 Ende 1999. Zählt man noch den Asylbereich dazu, lebten Ende 1999 gegen 400'000 Personen aus Ex-Jugoslawien in der Schweiz. Während im Jahre 1983 noch rund 80 Prozent aller in der Schweiz lebenden Ausländer aus dem EWR-Raum stammten, waren es Ende 1999 lediglich noch 58,5 Prozent. Das Drei-Kreise-Modell ist somit reine Makulatur geblieben.

Entgegen der landläufigen Meinung ist der weitaus grösste Teil der Einwanderung der letzten Jahre nicht über den Asyl- oder humanitären Bereich erfolgt. Auf diesem Weg sind lediglich 6,4 Prozent aller Zuwanderer in die Schweiz gekommen.

Die wichtigsten Einwanderungsgründe von 1990–2002

Anerkannte Flüchtlinge und Humanitäre

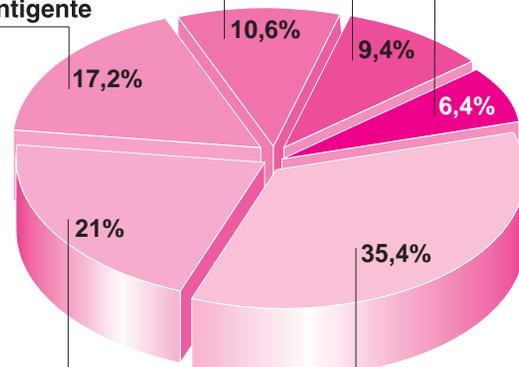
Saisonnierumwandlungen

Schüler und Studenten

Kontingente

Andere Gründe

Familiennachzug



«Stupid White Men»

Eine Abrechnung mit dem Amerika
unter dem amtierenden Präsidenten George W. Bush

Einige kennen Michael Moore als Dokumentarfilmer, andere als den Mann, der es wagte, Bush bei der Oskarverleihung öffentlich massiv zu kritisieren. Doch den meisten Leuten ist er ein Begriff als Autor, der seit Wochen die Bestsellerliste anführt mit seinem Buch «Stupid White Men». Der Inhalt ist «eine Abrechnung mit dem Amerika unter George W. Bush» und ist mit einer sehr spitzen Feder geschrieben.

«Die Bananenrepublik USA»

Der herausgebende Verlag wirbt für das Buch wie folgt: «Bananenrepublik USA: Im Weissen Haus sitzt ein Präsident, der nie gewählt wurde und mit einer Junta aus Geschäftsfreunden seines Daddys regiert. Michael Moore, Filmemacher und Bestsellerautor, rechnet in dieser beissenden Satire gnadenlos ab mit dem dummen weissen Mann an der Spitze der USA. Eine Pflichtlektüre für alle, die immer noch an die bedingungslose Solidarität mit den USA glauben!»

Der Titel dieses Buches hat einige seiner Kritiker irritiert und sie liefen Moore ins offene Messer. Tja, Satire ist nicht jedermanns Sache. Doch wahr ist es trotzdem, was der Verlag bei diesem alle Rekorde brechenden Spitzenreiter vorbringt: «In dieser Abrechnung voll boshafte Witz zeigt Michael Moore, was alles schief läuft in der einzigen noch verbleibenden Weltmacht USA. Er schont dabei nichts und niemanden, zeigt die Schwächen des politischen Systems ebenso auf wie die Auswirkungen des ungebremsten Kapitalismus. Michael Moore gelingt hier eine seltene Mischung aus knallhartem politischem Buch und witziger Satire, die niemand gleichgültig

lässt.» Wo andere Autoren schreiben, wem sie das Buch widmen, schreibt Moore ein Zitat Bush's: «Irre, dass ich gewonnen habe. Ich trat an gegen Frieden, Wohlstand – und gegen den Amtsinhaber.» Was Bush dem schwedischen Premierminister am 14. Juni 2001 erzählte und dabei nicht merkte, dass die Fernsehkameras noch liefen! Auf den Spott in Amerika musste Bush nicht lange warten. Die US-Komiker reagierten schon am selben Tag auf diese Äusserung des Präsidenten, und zwar gnadenlos.

«Als Weltpolizist disqualifiziert»

Moore geht mit Bush und seiner «Camarilla» hart ins Gericht. Beispiel gefällig?



Bitte schön: «Eine Nation, die nicht nur am laufenden Band ungebildete Studenten hervorbringt, sondern sich alle Mühe gibt, unwissend und dumm zu bleiben, sollte nicht gerade den Anspruch erheben, Weltpolizei zu spielen – zumindest nicht, solange die Mehrheit ihrer Bürger den Kosovo (oder ein anderes Gebiet, das sie bombardiert hat) nicht auf der Karte findet.

Ausländer hat es deshalb auch überhaupt nicht überrascht, dass die Amerikaner, die gerne in ihrer Dummheit schwelgen, einen Präsidenten gewählt haben, der fast nichts liest – nicht einmal seine eigenen Anweisungen – und Afrika für einen Staat hält, nicht für einen Kontinent. Ein Dummkopf an der Spitze einer Nation der Dummköpfe. In unserem glorreichen Land des Wohlstandes ist weniger schon immer mehr gewesen, wenn es darum ging, auch den letzten Winkel des Gehirns mit der Aufnahme der Fakten und Zahlen, kritischem Denken oder dem Begreifen von Zusammenhängen zu strapazieren, ausser beim ... Sport.



Mittelmässiger Student: George W. Bush

Unser Oberdummkopf bemüht sich nicht einmal, seine Unwissenheit zu verbergen – er prahlt sogar mit ihr. In seiner Eröffnungsrede vor dem Jahrgang 2001 von Yale verkündete George W. Bush stolz, dass er nur ein mittelmässiger Student von Yale war. Und all den mittelmässigen Studenten sage ich jetzt, auch ihr könnt Präsident der Vereinigten Staaten werden!

Dass man dazu auch einen Ex-Präsidenten als Vater, einen Bruder als Gouverneur eines Staates, in dem noch ein paar Stimmen fehlen, und einen Obersten Gerichtshof voller Duz-Freunde des eigenen Papas braucht, hat er natürlich nur deshalb nicht erwähnt, weil das für eine so kurze Ansprache viel zu kompliziert gewesen wäre.»

«Alle Anzeichen von Analphabetismus»

Fanden Sie diese Aussage hart? Nein? Kein Problem, es geht noch eine Spur härter! Moore veröffentlicht einen offenen Brief an den Präsidenten, in dem steht:

«Wenn Du Probleme hast, die komplexen Positionspapiere zu verstehen, die Dir als Führer der grösstenteils freien Welt vorgelegt

werden, wie können wir Dir dann so etwas wie unsere atomaren Geheimnisse anvertrauen?

Alle Anzeichen von Analphabetismus sind vorhanden. Aber offensichtlich hat Dich noch niemand darauf angesprochen. Das erste Indiz war, dass Du als Dein liebstes Kinderbuch Die Raupe Nimmer satt nanntest. Leider erschien dieses Buch erst ein Jahr, nachdem Du mit dem College fertig warst.»

In den Vereinigten Staaten sorgte dieses Buch für einen grossen Wirbel. Ich glaube, die Kritik von Moore ist angebracht, vor allem, wenn man bedenkt, dass er selbst in den USA lebt und arbeitet. Für uns Europäer ist es besonders amüsant, wenn die Kritik aus amerikanischen Reihen kommt und mit dem Establishment Schlitten fährt. Auch wenn Ihnen Michael Moore wegen seiner Offenheit oder seiner spitzen Feder, wie diese Beispiele zeigen, nicht gerade sympathisch ist, muss man doch die Abrechnung mit Bush und seiner Mannschaft kennen, die mit allen Mitteln einen mörderischen Angriffskrieg gegen den Irak herbeigeführt haben. Viel Spass beim Lesen!

Peter Bühler, Stadtrat /
Kantonalpräsident SD Bern

Aufruf!

Viele Firmen gehen dazu über, ihren Namen, ihre Inschriften, Anschriften, Briefköpfe und namentlich ihre Werbung auf Englisch zu verfassen, obschon sie sich an ein Schweizer Publikum richten. Wir rufen unsere Leser hiermit auf, die Erzeugnisse und Dienstleistungen solcher Firmen nach Möglichkeit zu meiden und solche zu berücksichtigen, die Deutsch oder eine andere Landessprache verwenden; ferner Erzeugnisse mit nur englischen Namen (After shave, Lipolotion) im Alltag in eine Landessprache umzubenennen. Sie leisten so einen Beitrag zu verhindern, dass die Schweiz in ein englischsprachiges Land verwandelt wird!

Englisch über alles?

Nun will also die Bildungsdirektion ab der dritten Primarschulklasse doch einen Englischunterricht einführen, obschon das Zürcher Volk die Volksschulreformvorlage in der Abstimmung klar abgelehnt hat. Das Frühenglisch sei kein unstrittener Punkt der Vorlage gewesen, wird entgegen vielen Meinungsäusserungen vor der Abstimmung behauptet! Graue Eminenzen ziehen kräftig an den Fäden, um die Schweiz in ein englischsprachiges Land zu verwandeln. Der Verdacht erscheint zunächst übertrieben. Wenn wir aber daran denken, dass wegen der Überfremdung viele Schüler bei Schuleintritt nicht richtig deutsch sprechen, sieht die Sache anders aus. Hinzu kommt die Wirtschaft, die immer mehr Wer-

bung auf Englisch macht und wo in den ebenfalls überfremdeten Teppichetagen zunehmend Englisch gesprochen wird. Den Rest besorgt die Armee, wo sich Englisch ebenfalls ausbreitet. Soll die Schweiz zum trojanischen Pferd der USA ausgebaut werden? Der Anfang mit «partnership for peace», die eine partnership for war ist, gemeinsamen Stabsübungen mit der NATO und immer mehr hohen Offizieren, die nach USA pilgern, ist gemacht. Dazu passt eine Armee-reform, die nicht der Landesverteidigung, sondern internationalen Einsätzen dient. Nützt es etwas, wenn man an das Sprichwort erinnert: Wehret den Anfängen?

Jean-Jacques Hegg,
Gemeinderat, a. Nationalrat

Zur Volksabstimmung vom 18. Mai

2 x Ja zu den Atominitiativen



Valentin J. Oehen-Christen, a. Nationalrat

Der Schreibende hat vor 30 Jahren an prominenter Stelle gegen den Bau von Atomkraftwerken grundsätzlich, vor allem aber in der dichtbesiedelten Schweiz gekämpft. Dass bei uns bis heute nichts Schwerwiegendes passiert ist, ist ein unverdientes Geschenk des Himmels. Die bereits überalterten A-Werke werden aber immer mehr zu drohenden Ungeheuern, die für uns alle Anlass zu schweren Angstträumen sein müssten. So ist zu fragen

Wie lange wollen wir noch russisches Roulette spielen?

Die Gegner der beiden Initiativen betonen zu Recht, dass mit der Annahme dieser Initiativen der Ausstieg aus der Atomenergie eingeleitet werde. Diese Aussage ist mit einem Seufzer der Erleichterung zu quittieren. Denn auch heute noch gelten einige Grundtatsachen:

1. Die Sicherheit ist nicht gegeben

Die Kernspaltungstechnologie ist wegen der anfallenden radioaktiven Spaltelemente so brandgefährlich, dass ihre Anwendung nur dann verantwortbar wäre, wenn eine 100 Prozent sichere Technologie zur Verfügung stehen würde. Solange jedoch Menschen wie du und ich diese Technologien schaffen und bedienen, ist mit dem Menschen stets auch das Element «Fehlerhaftigkeit» mit eingebunden. Welche Folgen das haben kann, zeigte der Super-Gau von Tschernobyl, der direkt und indirekt rund 250'000 Menschen das Leben kostete und ca. 320 Milliarden Franken Schäden provozierte. Ein gleichartiges Ereignis in der dichtbesiedelten Schweiz würde nach Berechnungen des zuständigen Bundesamtes rund 1 Mio. Menschen treffen und Schäden in

der irrwitzigen Grössenordnung von 4200 Milliarden Franken verursachen.

2. Atomstrom ist teuer

Der angeblich billige Atomstrom kommt «nur» durch Buchhaltungstricks zu Stande. Indem nämlich die Kosten für den baldigen Abbruch der verseuchten Anlagen grosszügigerweise den nachkommenden Generationen überlassen werden. Kosten, die sich in der gleichen Höhe bewegen sollen wie der Bau der Werke selbst – also mehrere Milliarden Franken.

3. Das Abfallproblem bleibt ungelöst

Noch immer weiss niemand, wie die jahrtausendlang strahlenden hochradioaktiven Abfälle (insbesondere Plutonium) auf Dauer von der Biosphäre ferngehalten werden können und welche menschlichen und finanziellen Kosten die Lösung dieses Problems unseren Nachkommen aufhalsen wird.

Welch brisante Probleme damit verbunden sind, beweist die aktuelle Bestrebung des Gesetzgebers, den Direktbetroffenen die demokratischen Mittel wegzunehmen, sich gegen die Errichtung von sogenannten Endlagern in ihrer nächsten Nähe wehren zu können. **Wenn mit der Versorgungssicherheit für den Atomstrom argumentiert wird, scheint man zu vergessen, dass**

- eine zentralisierte Energiegewinnung an sich stets ein grösseres Versorgungsrisiko beinhaltet, als die dezentrale Produktion in der Nähe der Verbrauchsstellen. Dazu aber müssen dringend die alternativen Energiequellen gefördert werden.
- der Nachschub von Uran nicht sicherer ist als jener von fossilen Energieträgern. Die Verknappung ist allerdings absehbar früher zu erwarten als beim Erdöl und Erdgas.
- es die politische Erfahrung und die Klugheit gebietet, einzig die Versorgung aus dem eigenen Lebensraum als einigermassen sicher zu betrachten.

Politischer Denkfehler

Wenn argumentiert wird, es sei zwingende Aufgabe der Energie-Wirtschaft, einer energiehungrigen Zivilisation stets genügend Fremdenergie zu einem günstigen Preis zur Verfügung zu halten, erliegt man einem Denkfehler.

Da es in einem begrenzten Raum kein unbegrenztes Wachstum geben kann (ausser man beabsichtigt, den schliesslichen Zusammenbruch herbeizuführen!) ist es klug, bei einem Wachstumsfaktor – hier

also bei der elektrischen Energie – die technisch-wissenschaftlichen Möglichkeiten nicht voll auszureizen. Eine Wirtschaft, die mit einer begrenzten Menge Fremdenergie auskommen müsste, würde zwangsläufig einem dynamischen Gleichgewichtszustand zustreben. Dies wäre ein Schritt in Richtung Nachhaltigkeit!

Und noch etwas!

Wer weiterhin der Wirtschaft jede Menge Energie (lies Atomstrom) zur Verfügung stellt, verhindert,

dass – endlich die Entwicklung alternativer, unschädlicher Energiequellen ernsthaft gefördert wird; – eine wachstumssüchtige Gesellschaft sich mit den naturgegebenen Grenzen zu beschäftigen beginnt. Damit aber wird er zum Totengräber unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

Deshalb 2 x Ja für die Atom-Initiativen heisst 2 x Ja für Sicherheit, Stabilität und Nachhaltigkeit.

Anzeige

Louis R. Jenzer, Autor



Louis R. Jenzer

Ambassador Intern. Hall of Fame. Contingentgovernor Bord of Ambassador international. PENmember, Buchhändler und Verlegerverband Schweiz



Ansichten und Einsichten

100 heitere bis philosophische Sprüche.

Paperpack Fr. 7.–



Fabula rasa

14 unheimliche phil. Gruselgeschichten... reich illustriert

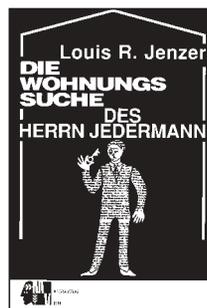
Fr. 27.–



Die Geburt des Handelsreisenden

Der satirische Werdegang eines jungen Mannes. Von seinem Traumberuf des Kunstmalers in das Amt für Materialbeschaffung der Armee. Dann als Handelsreisender.

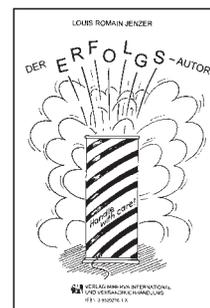
208 Seiten, gebunden, illustriert, Fr. 31.–.



Die Wohnungssuche des Jedermann

Ein satirisches Trostbüchlein für alle Leidgeprüften mit psychologischen Tipps und Tricks für Anfänger.

215 Seiten, illustriert, kartoniert, Fr. 31.–



Der Erfolgs-Autor

Ein sat. Leitfaden für Möchtegernautoren und auch andere, gescheite Leute.

Mit psychologischen Tipps und Tricks für die Karriere.

259 Seiten, laminiert. Fr. 31.–.

Wir sagen JA zum Ausstieg aus der Atomkraft!

In den siebziger Jahren war unser damaliger Präsident NR V. Oehen ein prominenter Warner vor der sogenannt «friedlichen» Nutzung der Atomkraft. Wir haben ihn deshalb gebeten, zu den beiden Abstimmungsvorlagen Stellung zu nehmen. Hier seine Sicht der Dinge. (red.)

Bestelltalon

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: Minerva Verlag, Postfach 6849, 3001 Bern



Kanton Basel-Stadt



Markus Borner in den Ständerat!

Die Schweizer Demokraten Basel-Stadt portieren ihren kantonalen Parteipräsidenten, Grossrat und Verfassungsrat Markus Borner (47, Hörgeräteakustiker / Geschäftsführer) als Ständeratskandidaten. Borner wird nicht auch noch Na-

tionalratskandidat sein. Die SD wird hier fünf andere Kandidatinnen und Kandidaten stellen. Namen werden später bekannt gegeben.



Markus Borner

Hauptargument für eine SD-Ständeratskandidatur ist: Die Basler Stimmberechtigten sollen bei der SR-Wahl wirklich zwischen Kandidierenden aus dem gesamten Parteispektrum auswählen können! Der SD-Kandidat wird mit der Losung «Für eine selbstbewusste und heimatverbundene Politik!» in den Wahlkampf ziehen. Der SD-Kandidat tritt konsequent für die schweizerische Unabhängigkeit und die Interessen der KMU und Lohnabhängigen ein.

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 Aargau	Bezirke Baden / Brugg / Zuzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
 Baselland	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 Basel Stadt	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 Bern	Stadt Bern Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberraugau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Landorfstrasse 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
 Luzern	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
 St. Gallen	Sektion Wil und Umgebung Sektion Stadt St. Gallen und Umgebung	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.infowil.ch/sd-wil 30. April: Stamm, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden 18. Mai: Schlacht am Stoos Prozession; ab 6.00 Uhr Appenzell Kirche; ca. 7.10 Uhr Sammelplatz; ca. 9.00 Uhr Stoos, Schlachtkapelle)
 Ob-/Nidwalden	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 Zürich	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg. Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

 Kt. Aargau

Parteitag der SD Aargau vom 2. Mai 03

Der Kantonalvorstand der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau lädt alle Mitglieder, Gönner und Sympathisanten zum kantonalen Parteitag vom 2. Mai 2003, 19.45 Uhr, ins Restaurant Dietiker (1. Stock), in Suhr ein. Nebst dem statutarischen Teil werden die Kandidatinnen und Kandidaten für die am 19. Oktober 2003 stattfindenden National- und Ständeratswahlen nominiert. Unterstützen Sie uns im Kampf gegen die unkontrollierte und masslose Einwanderung. Unterschreiben Sie deshalb unbedingt die am 11. März 2003 von den Schweizer Demokraten SD lancierte Einwanderungsinitiative, welche Ihnen im übrigen auch am kantonalen Parteitag ausführlich erläutert wird.

*René Kunz, Reinach,
Kantonalpräsident SD Aargau*

SD 
Schweizer Demokraten



Kanton Basel-Land



Landratswahlen Baselland:

Rudolf Keller glanzvoll wieder in den Landrat gewählt!

Die kantonalen Wahlen sind nicht so gut herausgekommen, wie wir uns das erhofft haben. Mit nur 5,55% der Stimmen schauten gerade mal 4 Landratsitze heraus, was ein herber Verlust ist.

In der Wahlregion 1 mit den Wahlkreisen Allschwil, Binningen, Oberwil eroberten wir total 4,96% aller Stimmen. **Es wurde der bisherige Landrat Bruno Steiger (Wahlkreis Allschwil) komfortabel wiedergewählt.** Leider schaffte es Roland Bächtold im Wahlkreis Oberwil nicht mehr.

In der Wahlregion 2 mit den Wahlkreisen Muttenz, Reinach, Laufen und Münchenstein holten wir nur 4,75% aller Stimmen. **Es wurde der bisherige Landrat Thomas Friedli (Wahlkreis Reinach) im Amt bestätigt.** Leider konnte Mirko Meier sein Mandat im Wahlkreis Muttenz nicht verteidigen.

In der Wahlregion 3 mit den Wahlkreisen Pratteln und Liestal bekamen wir 7,7% aller Stimmen. **Gewählt wurde mit einem Glanzresultat (viertester aller Kandidierenden im Wahlkreis und bester aller Kandidierenden in seinem 6500-Seelen-Dorf Frenkendorf) unser Zentralpräsident Rudolf Keller.** Leider schafften Heinz Mattmüller und Pascal Wyss die Wiederwahl nicht.

In der Wahlregion 4 mit den Wahlkreisen Sissach, Gelterkinden und Waldenburg erreichten wir 5,6% der Stimmen. **Wiedergewählt wurde Margrit Blatter (Reigoldswil).** Leider reichten die Stimmen nicht aus, um den Sitz von Thomas Haegler zu retten.

Nun gilt es für die vier gewählten Parlamentsmitglieder, vier Jahre Grösstarbeit zu leisten, damit wir

dannzumal wieder Fraktionsstärke erreichen werden. Mit unserem Parlaments- und Politprofi Rudolf Keller an der Spitze unserer Landratsgruppe sollte uns dies auch wie-

Wir danken allen Kandidatinnen und Kandidaten dafür, dass sie sich zur Verfügung gestellt haben. Danken wollen wir auch den zahlreichen Helferinnen und Helfern, welche uns im Wahlkampf finanziell, bei Flugblatt-Einpackaktionen oder beim Plakataufstellen unterstützt haben.

der gelingen.

Bruno Steiger hat als Regierungsratskandidat gut abgeschnitten. Er erreichte immerhin mit beachtlichen 6307 Stimmen fast ein so gutes Resultat wie Peter Brunner vor vier Jahren.

Erfreulich: Die SD Baselland konnte in den letzten 7 Monaten 71 neue Mitglieder und Zeitungsabonnenten gewinnen. Darunter sind viele motivierte Männer und Frauen, der grösste Anteil Junge! Unser Kampf geht also unverdrossen weiter. Schon bald werden die Kandidierenden für unsere Nationalratsliste nominiert.

Unsere abtretenden Landräten Franz Ammann (wegen Amtszeitbeschränkung), Roland Bächtold, Thomas Haegler, Heinz Mattmüller, Mirko Meier und Pascal Wyss danken wir herzlich für ihren Einsatz im Kantonsparlament. Den einen oder andern von ihnen werden wir bei den kommenden Gemeindevahlen (im März 2004) wohl als neues Gemeindeparlamentsmitglied begrüßen dürfen!

SD Baselland



Kanton Bern



Liechti und Schöni kandidieren

SD. Die gut besuchte Hauptversammlung der Schweizer Demokraten Berner Oberland (SD) im Gasthaus Kreuz in Wimmis stand unter dem Motto «Nur gemeinsam kommen wir vorwärts, denn das Volk wartet auf uns». Auf wen sonst, fragen sich die SD. Die Traktandenliste wurde in zügiger Art von Präsi-dent René Lichti durchgezogen. Im Jahresbericht wies Grossrat René Lichti darauf hin, wie «sogenannte bürgerliche Parteien ihre Wahlversprechen nicht einhalten und sogar neue Steuern

und Abgaben einführen». Deshalb sei es von grosser Wichtigkeit, dass die Bürger in den SD noch einen verlässlichen Partner haben.

Schwerpunkte der Versammlung waren die neuen Statuten und Leitlinien, welche in Ziel und Zweck umschreiben, wie ein Höchstmass an individuellen, politischen Zielen in allen Lebensbereichen zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger erhalten und ausgebaut werden könnten. Dazu gehören laut den SD: Die direkte Demokratie auf allen Stufen stärken, die politische

und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, des Kantons Bern und der Gemeinden erhalten, weniger Staatsinterventionismus bei Klein- und Mittelbetrieben, der Landwirtschaft und den Familien, eine restriktive Kriminal-, Asyl-, Ausländer- und Drogenpolitik, Schutz der Umwelt gemäss technischer, wirtschaftlicher und sozialer Verträglichkeit. Die Versammlung erklärte Statuten und Leitlinien einstimmig als rechtsgül-

tig. Als Verfechter dieser Ziele wurden alt Stadt- und Grossrat René Liechti, Isenfluh, und Roland Schöni, Bönigen, als Nationalratskandidaten nominiert. Die Jahresrechnung konnte fast ausgeglichen von der Versammlung genehmigt werden. Mit einem Zvieriplättli und mit Klängen des Schwyzerörgelquartetts «Flüehblüemli» Grindelwald wurde die Versammlung in typisch schweizerischer Gemütlichkeit geschlossen.

SD-Erfolg: Eine Gedenktafel für den Dällenbach Kari

Unter diesem Titel und mit dem folgenden Text reichte Stadtrat Peter Bühler am 14. Februar 2002 ein Postulat im Parlament der Bundeshauptstadt ein:

Wohl kaum ein Stadtberner «Original» ist, oder war so bekannt wie der Coiffeurmeister Karl Dällenbach, der durch seine Taten, seinen Wortwitz und seine scharfe Zunge sogar nationale Berühmtheit erlangte.

Seine Witze und Geschichten leben bis heute weiter. Nur selten wird jedoch erwähnt, was für ein grosses Herz der Kari für die Armen und Bedürftigen hatte. Er verbarg es zwar oft unter seiner rauhen und bissigen Schale, wies aber nie einen Hilfesuchenden ab. Mancher Bettler und Tagedieb, manch «abgebrannter Witzwiler» fand bei ihm einen vollen Teller und etwas zu trinken. Auf der ganzen Welt wurden wegen des Jahrtausendwechsels Titel, Auszeichnungen und Denkmäler an Sportler, Künstler, Politiker oder andere Berühmtheiten verliehen oder errichtet. Und in der Stadt Bern?

Am 24. November 1999 wurde eine Interpellation von mir eingereicht, mit der angefragt wurde, ob der Gemeinderat bereit wäre, dem Dällenbach Kari eine Strasse, Gasse oder einen Platz mit seinem Namen zu widmen, oder ob der Gemeinderat bereit sei, einen «Dällenbach»-Preis für Humoristen einzuführen. Nicht nur zu meinem Bedauern fielen die Antworten des Gemeinderates auf diese Fragen negativ aus.

Darum wird nun mit einem Postulat nochmals versucht, dem «Dällenbach» ein «kleines Denkmal» zu setzen. Da auch andere Organisationen der Stadt Bern und Private daran interessiert wären, dass das Stadtberner Original gewürdigt wird. Darum wird der Gemeinderat gebeten zu prüfen, ob und wie es möglich ist am Gebäude der Neuengasse 6 eine Gedenktafel anzubringen die, wie es in anderen Städten üblich ist, von der Stadt gesponsert wird. Auf dieser Tafel sollen die Worte stehen: **«Hier lebte und arbeitete zeitweise das Stadtberner Original der Däl-**



lenbach Kari, der wegen seines Wortwitzes, seiner scharfen Zunge und seines grossen Herzes für Arme und Bedürftige bis heute unvergessen ist!»

Dieses Postulat wurde am 14. Februar 2002 eingereicht und am 13. März 2003 unbestritten überwiesen. Für die Berner Presse gilt dieser Vorstoss als einer der selbstlosesten der letzten Jahrzehnte, (wie Rudolf Gafner vom «Bund» schrieb) und er fand grosses Lob in den Zeitungen, lokalen Radios und im Fernsehen.

Gratulation an unseren Stadtrat Peter Bühler, der in der letzten Zeit immer mehr Vorstösse im Stadtrat durchbringt und damit neue Ideen vorlegt, wie verschiedene «Bümpflizer» Parlamentarier und Presseleute bestätigten!

Franziska Joss, SD Bern

Die SD danken FM für die grosszügige Spende. 



Kanton Thurgau



Jahresversammlung der Schweizer Demokraten, SD Thurgau

Verlangen an den Regierungsrat

1. Die Schweizer Demokraten des Kantons Thurgau bitten den Regierungsrat, unserer Verfassung, § 16, «Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist gewährleistet» und «Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten» rigoros Nachachtung zu verschaffen. Eine verbleibende Tageszeitung für den Oberthurgau und eine für den Rest des Kantons müssten breit und umfassend informieren und Meinungen aller Parteien – insbesondere der Regierungs- und Oppositionsparteien dem Bürger weitergeben. Genau da aber hapert es gewaltig, und das ist das Ende unserer Demokratie und Freiheit!

2. Die Feierlichkeiten «200 Jahre Thurgau» mögen gut gemeint sein. Wo aber werden jene 60% Men-

schen einbezogen, die nicht mehr an die Urnen gehen? (am 9. Februar waren es sogar 73%) Wo bleiben an diesen Feierlichkeiten die Oppositionsparteien? Kommen die irgendwo zu Worte? Können Sie ihre Anliegen und Nöte öffentlich und in den Medien artikulieren? Wo reden die Exponenten der Opposition? Haben diese Mitbürger eine Möglichkeit, Ängste, Anliegen und Wünsche der Menschen aufzuzeigen? Werden sie je von Redaktoren befragt, konsultiert und werden ihre Anliegen zur Diskussion gestellt? Sollten die nächsten 100 Jahre nicht gemeinsam angegangen und von allen mitgetragen werden?

Beschlussfassung Jahresversammlung 2003, Weinfelden, Hotel Thurgauerhof, der Schweizer Demokraten, SD Thurgau

Willy Schmidhauser als Kantonalpräsident bestätigt!

Schweizer Demokraten zelebrierten, trotz Frühlingsanfang und Kriegsbeginn, ihre Jahresversammlung 2003

Am Freitagabend eröffnete Hans Stalder die Veranstaltung der Kantonalpartei. Er begrüßte auch die Gäste von anderen Kantonen und die Medien. Für die musikalische Umrahmung sorgte Christian Von Siebenthal, eine positive Jahresrechnung legte Hans Meyer vor. Neue wurden in den Kantonalvorstand gewählt, andere entlassen und Präsident Willy Schmidhauser zum 16. Male einstimmig als Kantonalpräsident bestätigt. Verlangen an den Thurgauer Regierungsrat und an die Bundesräte wurden beschlossen. Die neuen «Ziele 2003» der SD Thurgau passierten. Schliesslich sprach der Präsident und zeigte auf, dass zur Demokratie Regierungs-, aber gleichwertig und unbedingt auch Oppositionsparteien gehören. Alle müssten via Medien den Bürgern Pro- und Kontraargumente auf den Tisch legen können. Fürsorger Max Brunner erläuterte als Gastreferent die «Kostenexplosion im Sozialwesen...»

Vier zum Teil langjährige Mitglieder des Vorstandes hatten den Rücktritt eingereicht: Werner Bätcher, Hansrudolf Riser, Rolf Müller und Fabian Kleingutti. Ihr Einsatz wurde herzlich verdankt. Neu sind in den Vorstand gewählt worden: Josef Hungerbühler von Sirnach und René Manhart von Weinfelden. Ehrenvoll bestätigt wurden: Hans Stalder, Heinz Greminger, Hans Meyer, Ruedi König, Hansruedi Bodenmann, Christian Von Sie-

benthal, Alfred Kennel, Alfons Müller und Beat Sulser. Kantonalpräsident Willy Schmidhauser wurde unter Verdankung seiner geleisteten Dienste und einstimmig zum Kantonalpräsidenten gewählt.

Ohne Opposition alles sinnlos!

In seiner Botschaft erklärte SD-Präsident Willy Schmidhauser, dass eine Demokratie unmöglich sei, wenn die beiden «Pole» Regierungs- und Oppositionsparteien nicht frei an den Bürger gelangen könnten. Wie in der geschäftlichen Welt sei auch der Kanton Thurgau auf eine möglichst breite Information über alle Vorlagen angewiesen. Nur so könnten Volksentscheide zum Wohle des ganzen Landes und aller Menschen gefällt werden. Der Boykott und die Bevormundung von wenigen, noch verbleibenden Oppositionsparteien durch Zeitungsredaktoren sei ein absoluter Skandal! Damit werde alles, unser Land, unsere Demokratie und unser Volk geschädigt. In den zwei verbleibenden Thurgauer Tageszeitungen müssten also alle Parteien, und zwar ohne Zensur, zu Vorlagen und politischen Schritten Stellung nehmen können. Den Menschen müssten alle Zusammenhänge und Verknüpfungen von Vorlagen, Abstimmungen und Absichten der Regierenden aufgezeigt werden können. Schmidhauser betonte, ohne das «freie Wort»

könne man die Oppositionsparteien auflösen und deren politische Arbeit an den Nagel hängen. Die Demokratie sei ohne Oppositionsparteien und deren Aufklärungsarbeit langfristig nicht lebensfähig, und zwar zum Schaden aller!

Verlangen an Bundes- und Regierungsräte: Das «Verlangen an den Bundesrat» wurde noch am gleichen Abend von über 50 Personen unterschrieben; darin fordern die Unterzeichner, dass die abgebauten und vielerorts zu Nachtzeiten nicht mehr besetzten Grenzposten sofort wieder den ganzen Tag, also 24 Stunden bemannt sein müssen. Nur so könne ein allfälliger Übertrittsnachweis unseren EU-Nachbarstaaten vorgelegt werden. Nur so würden diese die Asylbewerber wieder zurücknehmen und unserem Lande bleibe millionenschwerer, unsinniger Aufwand erspart. Eingesparte Gelder könnten für echte Hilfe vorort eingesetzt werden. Heute aber passieren bus- und scharenweise Asylanten zu unbewachter Stunde Grenzposten. Im Hinterlande angekommen, werden Papiere versteckt oder sogar vernichtet, denn als Papierlose können sie nicht mehr ausgeschafft werden. Vom Regierungsrat verlangen die Schweizer Demokraten zwei Dinge: Gemäss Verfassung § 16 soll er dafür besorgt sein, dass «jede Person das Recht hat, ihre Meinung frei zu bilden». Dies sei aber nur mit breit informierenden Zeitungen möglich, die allen offen stehen müssten. Weiter verlangen die Schweizer Demokraten, dass

bei den 200-Jahr-Feiern alle aktiv einbezogen werden. Auch die Opposition sollte im Namen der 60 Prozent Passiven ihre Meinungen und Wünsche einbringen können. «Gemeinsam» müsste doch das Motto heissen.

Max Brunner warnt vor roten Zahlen! In seinen an die Jahresversammlung gemachten Ausführungen zeigte der Fürsorger von Weinfelden auf, dass von neun Sozialwerken alle – bis auf ein einziges – in «den roten Zahlen» sind. Viele haben Schulden in Milliardenhöhe und die Lage ist mehr als alarmierend. In vielen Bereichen – so z.B. bei der Invalidenversicherung – werde gewaltiger Missbrauch getrieben. Da fliesse die Hälfte der Gelder ins Ausland ab. In anderen Bereichen sei es nicht besser. Einzig die Erwerbsersatzordnung hätte noch ein Plus von etwa 3,5 Milliarden, die heute für eine Mutterschaftsversicherung, die vom Volke ursprünglich abgelehnt wurde, zweckentfremdet geplündert würden. Besonders erwähnte Brunner auch die Asylpolitik und die dort eingesetzten drei Milliarden Franken pro Jahr, die auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene fliessen. Würde es gelingen, die Missbräuche auch in diesem Sektor entscheidend zu reduzieren, wären milliardenschwere Belastungen unserer Volkswirtschaft vermeidbar, Unternehmen könnten aufatmen. Projekte könnten profitieren, die direkt in den Entwicklungsländern Hilfe bringen.

SD Thurgau



Kanton St. Gallen



Dank dem EWR-Nein überlebt

Die Schweizer Demokraten, Sektion Wil und Umgebung, luden zur 16. ordentlichen Hauptversammlung ins Restaurant Fass ein. Zu Gast war der SVP-Nationalratskandidat Erwin Böhi.

Präsident Hans Wohlwend erklärte in seinem Plädoyer, dass unser Land früher ein Ort des ausgeglichenen Finanzhaushaltes war. Jetzt aber steige die Staatsverschuldung jedes Jahr munter weiter. Auch die Schulbildung wurde immer schlechter. Dazu kämen Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art, allen voran der Untergang der Swissair, Probleme bei der ABB und viele andere Beispiele mehr. Hans Wohlwend zeigte sich aber in seiner Rede überzeugt, dass, wenn wir das nötige Selbstvertrauen wieder aufbringen würden, die Schweiz weiterhin die Selbstständigkeit bewahren könne und sich nicht der EU anschliessen müsse. Immerhin hat die Schweiz dank ihrem EWR-Nein gar nicht so schlecht überlebt. Besser zumindest, als die umliegenden Länder.

Hans Wohlwend wurde als Präsident wiederum einstimmig gewählt,

ebenso der übrige Vorstand. Das sind Marcel Haag, Vizepräsident, Marcel Camenzind, Aktuar, Dora Wohlwend, Kassierin, und Heidi Egli, Karteiführerin.

Das erste Opfer ist die Wahrheit

Als Gastreferent wurde der SVP-Präsident der Stadt Wil, Erwin Böhi, eingeladen. Erwin Böhi, war 20 Jahre Delegationschef beim IKRK und ist derzeit Nationalratskandidat. In seiner Rede nahm er auch Stellung zum drohenden Irak-Krieg. Bei der heutigen modernen Kriegsführung ist es vor allem die Zivilbevölkerung, die am meisten zu leiden hat, warnte er. Zudem würde in einem Krieg auch die Wahrheit das erste Opfer sein. Und er erzählte, dass das IKRK nach dem ersten Krieg eine Wasseraufbereitungsanlage in Stand stellte, die die Amerikaner mit Sicherheit wieder als Erstes zerstören würden. So hofft Erwin Böhi, dass der Bundesrat sich bei dieser kriegerischen Auseinandersetzung einmal mehr auf die Neutralität unseres Landes besinnen werde.



Kanton Zürich



Bezirk Uster

† René Bättig

jd. Am 9. März 2003 ist für uns völlig unerwartet René Bättig (Dübendorf) in seinem 69. Lebensjahr im Spital Uster sanft entschlafen. Damit haben wir ein treues Mitglied verloren. Er stammte aus dem Gastgewerbe, wo wir ebenfalls eine wertvolle Anhängerschaft besitzen. Nach einer Kochlehre liess er sich noch zum Kellner ausbilden und besuchte zuletzt die Hotelfachschule Lausanne. Er war anschliessend in verschiedenen renommierten

Häusern als Hotelier tätig, unter anderem im Grand Hotel Dolder, Zürich. Der stets freundliche René übernahm in schwieriger Zeit das Präsidium der Bezirkssektion Uster und war bis zu seinem Lebensende Obmann der Stadtgruppe Dübendorf. Er stand auch auf der Liste der Schweizer Demokraten, Bezirk Uster, für die kürzlichen Kantonsratswahlen.

Wir wollen ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

NEIN gegen den unsolidarischen
Zivilschutz

NEIN gegen die Armee XXI (A21)



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Wer Informationen über die geplante A21 sucht, mag die Nummer 11/2002 des «Schweizer Demokrat» hervor holen. Dort sind die wichtigsten Argumente gegen diese Vorlage zu finden. Hier geht es darum, nach dem erfolgten Überfall der USA und Grossbritanniens auf den Irak die geplante Armee-reform neu zu beurteilen. Auch soll das NEIN zur Zivilschutz-Vorlage begründet werden.

Warum ein NEIN
zur Zivilschutz-Vorlage

Kriege in Ex-Jugoslawien und jetzt im Irak zeigen, dass unser Land wohl beraten ist, wenn es die Zivilschutz-Vorlage ablehnt. Die Schweiz ist mit ihrem Zivilschutz noch immer für viele Staaten ein klassisches Vorbild, was den Schutz der Bevölkerung bei allfälligen Naturereignissen, aber auch bei möglichen Terroranschlägen mit ABC-Waffen oder eben bei kriegerischen Auseinandersetzungen auf seinem Staatsgebiet betrifft. Was würde denn bei Annahme des neuen Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) geändert?

- Der Bestand würde von 270'000 auf 105'000 Personen reduziert.
- Einzelne Bereiche wie die zivilschutzzeitige Feuerwehr und Sanität würden ganz aufgegeben.
- Bei der Sicherstellung der Betriebsbereitschaft von Schutzan-

lagen und bei deren Unterhalt soll gespart werden.

- Gewisse Ereignisse wie beispielsweise bewaffnete Konflikte und deren Folgen für unser Land werden vom VBS als «unwahrscheinlich» und «für die Ausgestaltung des Zivilschutzes als unwichtig» eingestuft. Man rechnet in Bern mit «Vorwarnzeiten von 5 bis 10 Jahren». Mittlerweile waren und sind in Kosovo, in Afghanistan, Tschetschenien und im Irak kriegerische Auseinandersetzungen im Gange.
- Der Bund will sich mit diesem neuen Gesetz aus der Verantwortung schleichen und schiebt diese den Kantonen zu, welche neu für den Zivilschutz zuständig sein sollen.
- Der Bund zieht sich auch aus seinen finanziellen Verpflichtungen zurück und überträgt die Last auf die Kantone und die Gemeinden.
- Neu sollen die fünf Einrichtungen:
 - Polizei
 - Feuerwehr
 - Gesundheitswesen
 - Technische Betriebe und Zivilschutz
 ein ziviles Verbundsystem bilden.
- Unter dem Namen «Bevölkerungsschutz» soll dieses Verbundsystem mit einem zentralen Führungsorgan versehen werden, gewissermassen mit einem gemeinsamen Dach.
- Diese zentralistische Organisation würde ausgerechnet den Zivilschutz aus seiner engen Verbundenheit mit Gemeinde und Bevölkerung herauslösen.

Das bisherige Zivilschutzgesetz bietet insbesondere bei der geänderten Weltlage einen wirkungsvollen Schutz der Zivilbevölkerung. Seine Stärke liegt in der

Territorialinstinkt und
Armee-reform

Wichtiges Argument gegen die Armee XXI!

Ein wichtiger Befund, der die Kampfkraft der bisherigen Schweizer Armee stärkt, ist seine Gliederung. Nach Möglichkeit sind seine Truppenkörper kantonal oder dann regional zusammengesetzt und gegliedert. Es gibt ein Urner Bataillon oder ein Baselstädter Regiment usw. Ihre vom Generalstab geplanten Einsatzräume entsprechen auch weitgehend der angestammten Herkunft der Soldaten, ihrer engeren Heimat! Damit haben die früheren ArmeepLANER bewusst oder unbewusst der schon lange beobachteten, aber erst in jüngerer Zeit wissenschaftlich untermauerten Erkenntnis der vergleichenden Verhaltensforschung Tribut gezollt, nämlich der Tatsache, dass der Mensch besser kämpft, wenn er in seinem bisherigen Lebensraum, seiner angestammten Heimat kämpft und sich um dessen Erhaltung schlägt, dass

er aber schlechter kämpft, wenn er dies in der Fremde tun muss. Auch militärhistorisch lässt sich das belegen. Unter anderem habe ich diesen Tatbestand in meinem Buch «Biopolitik» erwähnt. Die Schreibtischplaner der Armee XXI ignorieren jedoch diese Feldbeobachtung der Ethologen bei Mensch und Tier. Sie glauben ja auch nicht mehr richtig daran, dass die Armee, wie es auch die neue Verfassung vorschreibt, dazu dient, das eigene nationale Territorium zu verteidigen, sondern träumen nur noch von Auslandseinsätzen im Solde von UNO oder NATO zur «Friedenssicherung», «Friedenszwingung» oder wie diese schönfärbischen Ausdrücke sonst noch alle lauten. Das Vorhandensein eines Territorialinstinkts ist ein wichtiges Argument gegen die Armee XXI!

Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
Gemeinderat, a. Nationalrat

differenzierten und effektiven Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

Aus diesen Gründen ist das neue Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (BZG) am 18. Mai abzulehnen.

Armee XXI: Bundesrat Schmid –
gefährlich stur

Als Bundesrat Samuel Schmid im Jahre 2000 das Amt des Vorstehers des VBS von Adolf Ogi übernahm, machte er einen fundamentalen Fehler, was das Projekt Armee XXI betrifft. Er entschloss sich umgehend, diese Vorlage im Sinne seines Vorgängers, bzw. der in den USA ausgebildeten Planungsgeneräle weiterzuführen. Richtig wäre gewesen, wenn er mit Blick auf die Vorwarnzeit ein Planungsmoratorium angeordnet hätte. In dieser Phase hätte er in aller Ruhe die Vorlage im Detail studieren, die Auswirkungen der sich abzeichnenden neuen Sicherheitslage berücksichtigen und vor allem kritische Stimmen von hervorragenden Fachleuten einbeziehen können. Jetzt ist Bundesrat Schmid als «Marktschreier» landauf, landab unterwegs, um zwei Vorlagen zu verteidigen, die wegen der geänderten Sicherheitslage der Welt überholt sind und eigentlich in die Dokumenten-Schredder des VBS gehören.

Armee XXI: Folge einer verfehlten
Aussenpolitik

Militärgesetz und Armee XXI sind das Produkt einer verhängnisvollen Entwicklung, die 1996 ihren Anfang nahm. Damals unterzeich-

nete Bundesrat Flavio Cotti (CVP/EDA) ein Vertragswerk mit der NATO. Es enthält einerseits den Beitritt der Schweiz zur militärischen «NATO-Partnerschaft für den Frieden – PfP» und den Beitritt zum «Euroatlantischen Partnerschaftsrat – EAPC». Beide Gremien haben den Zweck, die Länder auf eine spätere NATO-Integration vorzubereiten. Seit 1999 legen Bundesrat und NATO jene Bereiche fest, in welchen die Schweizer Armee NATO-tauglich werden soll (PARP-Ziele). Der Inhalt dieser Zusatzprotokolle wurde nicht einmal den Parlamentariern in Bern im voraus unterbreitet, geschweige denn dem Volk, dem Souverän bekannt gemacht.

Wenn Befürworter der Armee XXI öffentlich erklären, die geplante A21 werde keineswegs NATO-tauglich gemacht und ein NATO-Beitritt sei nicht vorgesehen, entspricht dies nicht der Wahrheit!

Das Ausland beurteilt die Beteiligung der Schweiz an PfP und EAPC als gewollte Annäherung. So brachte es der frühere US-Verteidigungsminister William Perry wie folgt auf den Punkt: «Der Unterschied zwischen PfP und der NATO-Mitgliedschaft muss so dünn sein wie ein Blatt Papier.» NATO-Generalsekretär Ballanzino erklärte, was diese «Partnerschaft» in Wahrheit bedeutet: «Mit der PfP sollen neue Beziehungen zu den Partnerstaaten hergestellt werden, durch die sie auf militärischer Ebene in vollem Umfang eingebunden werden können. Die neue PfP ist mit der neuen NATO verschweisst... Das PfP-Programm

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11.

hat sich als sehr erfolgreiches Programm erwiesen, um Streitkräfte umzustrukturieren.»

Wenn der sicherheitspolitische Direktor im VBS, Botschafter Philippe Welti, erklärt: «Die Schweiz gehört zu den aktivsten und anerkanntesten Ländern innerhalb der NATO-Partnerschaft. Wir sind an der Spitze dabei!» sollte eigentlich jeder Frau und jedem Mann in der Schweiz klar werden, welches hinterhältige Spiel mit dem Souverän abläuft.

Neue NATO-Doktrin

Bis zum Jahr 1999 war die NATO ein «Verteidigungsbündnis». Sein Ziel war es, einem beteiligten Staat dann von der «Gemeinschaft NATO» Schutz und Unterstützung zu gewähren, wenn er angegriffen würde. 1999 wurde die NATO dank einer neuen Doktrin aus einem «Verteidigungs-Pakt» in ein

«Angriffs-Bündnis» umgeformt. Die NATO kann nun unter amerikanischer Führung auch ausserhalb des Bündnisgebietes und nötigenfalls auch ohne UNO-Mandat Kriegseinsätze führen, so geschehen im Kosovo-Krieg. Die Teilnahme der Schweiz an der «NATO-Partnerschaft für den Frieden – Pfp» wird plötzlich zu einer «NATO-Partnerschaft für den Krieg».

Die Annäherung der Schweiz an diese neue NATO durch Beteiligung an Pfp ist aus friedens- und neutralitätspolitischen Gründen mehr als bedenklich! Eigentlich müssten parlamentarische Vorstösse die Kündigung dieser Verträge verlangen – unter anderen wäre dies eine Pflicht für die AUNS-Vertreter, Nationalräte Hans Fehr und Christoph Blocher...

Aus sicherheits-, neutralitäts- und staatspolitischen Gründen sind die beiden Vorlagen Militärgesetz und Bevölkerungsschutz am 18. Mai 2003 abzulehnen!

Das Verbrechen am Menschen!

So sieht man die halbe Welt, wie sie vor dem Bildschirm hockt und sich die Kommentare und Bilder eines Krieges vorführen lässt. Ein herzloses Schildern eines verbrecherischen und jeder Menschlichkeit entblösten, wahnsinnigen Unternehmens, das sich in nichts mehr von Hitlerscher Mentalität unterscheidet.

Die ohnmächtige Wut und Aggressionslust, die damit in die Bevölkerung der Welt getragen und verbreitet wird, kann nie mehr unschädlich gemacht werden. Selber werde ich von Zorn und Abscheu heimgesucht und ich kann mich nicht enthalten, jeden dieser Kriegstreiber auf dem elektrischen Stuhl sitzen zu sehen! Dass die Freiheitsstatue vor New York eigentlich im Meer versinken müsste und die Bezeichnung USA nun mehr für Unmenschliche Sadistische Armada zu stehen hat. Sollte diese USA

einmal die Rechnung für die zerstörerischen Leistungen, wie Atombomben auf Japan, Entlaubungsgift im Vietnamkrieg, Koreakrieg, Naher Osten, etc. präsentiert bekommen, dürfte die Waage sich ziemlich stark auf die negative Seite hin neigen. Dass sich dann noch sogenannte gebildete Leute vor Mikrophone setzen und sich darüber unterhalten, inwieweit ein solcher Krieg sich als tragender Wirtschaftsfaktor entwickeln könnte, das ist nun schon das Mieseste an Zynismus, das sind nicht mehr Menschen, das sind gefühllose Kalkulatoren, die angesichts fallender Bomben das Wachstum im Geldsack erörtern. Wenn dies der neue Typ Mensch sein sollte, dann hat er nichts anderes verdient als ausgerottet zu werden. Dumm genug, dies selber zu besorgen, ist er ja offensichtlich!

P. Läderach, Steffisburg



Im Zug belästigt

Ich bin Zugführer bei den SBB und begrüsse ganz entschieden Ihre Anfrage bezüglich des Pfeffer-sprays. Obwohl ich persönlich Gewalt verabscheue, kommen wir immer öfter in Situationen, denen mit herkömmlichen (also menschlichen und gesellschaftlichen) Lösungsversuchen in Konflikten nicht mehr beizukommen ist. Diese Situation wird leider von den Kriminellen äusserst sensitiv wahrgenommen und beobachtet. Somit sind täglich Situationen zu bemerken, bei denen wir mehr oder weniger bei unserer Arbeit regelrecht beobachtet werden, damit gewisse Leute vorab aus Nicht-EU-Län-

dern ihren Machenschaften nachgehen können. Dies betrifft nicht nur Drogenhandel, sondern je länger je mehr Belästigung von minderjährigen Schülerinnen, die eigentlich ihre Hausaufgaben machen möchten und, obwohl genug Platz im Wagen, von gewissen aufsässigen Leuten fast betatscht werden. Oftmals beim Vorbeigehen an einem solchen Abteil geben sich die Typen so auffällig unauffällig, dass man sich in einem schlechten Krimi wähnt. Die Minderjährigen wagen dann kaum aufzublicken aus Angst vor möglichen Repressalien. Diese Situation gewahre ich bei meiner Arbeit fast täglich, und es tut gut und ist wichtig, dass man dies mal loswird. Denn dabei beschleicht mich das Gefühl, dass sich hier je länger je mehr Dinge anbahnen, derer wir längst nicht mehr Herr sind, weil diese Ereignisse schwer nachvollziehbar sind und zumindest offiziell von niemandem bemerkt werden, ausser eben von uns. Ich wünsche Ihnen alles Gute und viel Erfolg bei der Verteidigung der Grundwerte unseres schönen Landes.

Michael Rippas, per E-Mail

UNO teuer und ohne Kraft

Die UNO und die Amerikaner waren für mich bisher so etwas wie eine Respektsorganisation und Respektspersonen. Aber nach den Ereignissen der letzten Tage sehen die Dinge anders aus. Die Amerikaner sind, oder besser gesagt Präsident Bush, ist in meinen Augen ein Kriegstreiber, der mit an den Haaren herbeigezogenen selbst gebastelten Vorwürfen einen Krieg provoziert und ein Land oder mehrere in ein Chaos zu stürzen droht, nur um an die dortigen Ölquellen zu kommen und um vielleicht noch andere Länder am Persischen Golf

zu besetzen. Man ist bald naiv, wenn man noch glaubt, es gäbe eine UNO, die für Ordnung sorgt im Weltgeschehen. In den USA sollten sie auch Personen haben wie unsere Bundesrätin Calmey-Rey; sie hat noch Gerechtigkeitssinn. Mein Fazit: Die UNO ist heute nur noch eine teure Organisation ohne durchgreifende Kraft, und die USA waren zu Zeiten Kennedys und auch anderer Präsidenten ein Land, das Respekt verdiente und bei den Europäern geachtet war. Nun hat sich dies geändert.

Mathilde Hotz-Stuker, Langenthal

NEAT: Nur ergo ausserordentlich teuer!

Waren die früheren Politiker intelligenter als die heutige Generation? Beim Bau der Gotthardeisenbahn beteiligten sich Deutschland und Italien an den Kosten! Heute bauen wir für diese Länder zwei teure Tunnel ohne Gegenleistung (Flugrechte) und Gewähr, dass im Ausland die nötige Infrastruktur bereitgestellt wird. Dazu hat uns alt BR Ogi zweimal angelogen, indem er versprach, dass wir mit diesen Bauten den 18-Töner-Limit für Lastwagen beibehalten könnten und die Kosten bei 14 Mia Fr. betragen werden. Jetzt stehen wir vor dem Scherbenhaufen, weil das

Geld scheinbar aufgebraucht ist und neue Begehrlichkeiten angemeldet sind. Es betrifft den Urner und den Monte-Olympino-Tunnel. Man spricht sogar von einem Tunnel zwischen Bellinzona und Luino! Angesichts der hohen Bundes-schulden und der Defizite kann man von einem veritablen Debakel sprechen, das die Steuerzahler auslöffeln müssen. Aus der immensen Teuerung beim Furkatunnel hat niemand etwas gelernt und im nachhinein wäre es gescheiter gewesen, vorläufig nur den Gotthardt-tunnel zu bauen!

Guido R. Fischer, Aarau

Haschisch kontra Wirtschaft

Nach dem Willen des Parlaments soll Haschisch ab 16 Jahren freigegeben werden. Abgesehen von den gesundheitlichen Schädigungen, wird durch die Freigabe ein gewaltiges Problem für die Wirtschaft auf uns zukommen.

Schulpsychologen klagen, dass der Alkohol- und Haschisch-Missbrauch an unseren Volksschulen (speziell Oberstufen), aber auch Kantonsschulen rapide angestiegen ist und erhebliche Probleme verursacht. «Bekifft» Schülerinnen und Schüler können dem Unterricht nicht mehr folgen und beeinflussen dadurch auch das Lernziel der ganzen Klasse. Schulabgänger mit solch grossen Defiziten finden, wenn überhaupt, nur mit grösster Mühe eine Lehrstelle. Setzen sie in der Lehre ihren Alkohol- und Drogenmissbrauch fort, bedeutet dies für den Arbeitgeber ein grosses Risiko.

Auch werden oft Lehren als Folge des Drogenmissbrauchs abgebrochen. Diese schlechten Erfahrungen bewirken, dass viele Betriebe davor zurückschrecken, überhaupt Lehrlinge auszubilden. Da nützen auch keine vom Staat aufgezwungenen Lehrstellen etwas.

Stehen immer weniger gut ausgebildete Arbeitskräfte der Wirtschaft zur Verfügung, hat dies für die Volkswirtschaft verheerende Folgen. Intervention und Prävention sind die einzigen Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken. Dieser Meinung schliessen sich auch die Schulpsychologischen Dienste und ein Grossteil der Lehrerschaft an. Intervenieren kann man aber nur, wenn ein Drogen-Verbot weiterhin besteht.

Christine Weiss, Watt, Präsidentin Verein «DrogenFreie Jugend Schweiz» DFJS



Messages de l'eau



Mary Meissner,
Vernier

Pour parfaire l'image de l'eau qui est au centre des controverses d'aujourd'hui, il serait bon d'y ajouter quelques remarques sur la sensibilité de l'eau et pourquoi pas sa symbiose vivante qui est un complément à la survie de chaque être vivant composé en majorité d'eau.

Revenant aux articles sur l'eau qui sont complets et reflètent les multiples activités liées à l'eau, on se sent un peu soulagé de voir qu'il y a quand même une prise de conscience sur le plan mondial et d'autre part on se désespère de constater les énormes difficultés qu'il y a

pour bien répartir ce bien précieux. Je pense aussi que l'eau dans laquelle ne se dissout pas tout, surtout les hormones et autres produits de synthèse, peut agir non seulement sur la stérilité masculine et pourquoi pas l'augmentation des homosexuels, ce troisième sexe avec lequel il faut compter.

J'ai également relevé au cours de mes lectures que l'eau de mer salée ressemble à la matrice de GEA remplie d'un liquide amniotique. Donc quelque chose de pensant à l'exemple de nos cellules qui acceptent ou combattent les virus ou les bactéries. Je voudrais ajouter une pierre à cet édifice d'or bleu qui devient plus précieux que l'or noir. Il s'agit des messages de l'eau. Le docteur en médecine alternative japonais, Masura Enamoto de l'IHM General Research Institute à Tokio et membre de l'Université de Berkeley en Californie a planché longtemps sur les mystères de l'eau et l'Hado qui signifie CHI on japonais soit «monde des énergies subtiles relié à la conscience, donc à l'essence même de l'être hu-

main». Il pense alors à l'appareil très sophistiqué «micro-cluster» (l'eau à résonance magnétique) du Dr. Lorenzo, son ex-collègue de l'Université en Californie, qui permet de photographier les cristaux de l'eau gelée.

Puisque depuis des millénaires la neige tombe sur la Terre sans qu'aucun flocon soit identique, Masura Enamoto pense qu'il doit y avoir un principe de cause à effet sur la nature de l'eau. Il parcourt le globe pour ramener des échantillons d'eaux usées, atomisées ou très pures. Après congélation, il photographie les cristaux créés grâce à l'appareil micro-cluster, qui montre d'énormes différences dans la couleur, la forme et l'apparence de ces cristaux formés par ce liquide incolore. L'eau d'Hiroshima ou de Nagasaki produit d'horribles cristaux déformés qui n'ont rien de commun avec ceux de Lourdes aux formes harmonieuses et à l'aspect transparent. Il s'agit là d'un baromètre de notre survie, surtout que cette recherche va plus loin encore.

En remplissant un verre d'eau sale sur lequel on colle une étiquette injurieuse ou le mot «deuil», elle devient plus sombre, mais si sur l'étiquette le mot amour ou merci de nous désaltère, l'eau devient claire et cristalline. Ne serait-ce pas une façon naturelle d'améliorer sans additifs chimiques, nos eaux polluées?

Un essai spectaculaire a été fait devant une nappe d'eau sale. Plusieurs personnes se sont rassemblées sur le rivage et se sont mises à prier. L'eau est devenue claire après la prière. A croire que l'âme et l'inconscience humaine sont étroitement liées et restent dans l'esprit des mots et que de l'eau émane une puissante énergie, créant des cristaux à la mesure des sentiments.

Ce livre aux magnifiques planches en couleur représentant des dizaines d'eaux prélevées dans les endroits les plus divers, du Pôle Nord au Zambèze, se trouve aux Editions HADO KYOIKUSHA Co Ltd, et je l'ai acheté à la Librairie R. Aldo Ferraglia à Vuadens.

Le Pileri

L'OMC et ses palabres

Tous les pays discutent âprement ces jours de la libéralisation des services sans poser la seule question importante de ce pugilat meurtrier pour les paysans surtout:

EN PRIVATISANT TOUS LES SERVICES DIRIGES PAR L'ETAT, ET POUR LESQUELS NOUS PAYONS DES IMPÔTS, IL EST LOGIQUE QUE DANS LE MÊME TEMPS, ON SUPPRIME LES IMPÔTS Y RELATIFS.

Non seulement l'OMC créé de toute pièce par les dirigeants occultes et fortunés de ce monde auquel appartiennent aussi la BM et le FMI, s'attaquent par cette stratégie, comme les Américains s'attaquent à l'Irak, aux pays les plus faibles en leur promettant monts et merveilles, mais ces pays les plus défavorisés par les éléments naturels ne sont pas suffisamment organisés pour résister à ces coups de boutoirs de plus en plus violents. Dans ce procédé, la désinformation fleurit encore plus que dans les commentaires et les belles images hollywoodiennes des médias étatsuniens sur la guerre en Irak. Il est à craindre que notre pays qui

essaie de résister aux demandes d'engagements formels sur la privatisation des services, ne devienne une nouvelle fois la proie facile des vautours qui essaieront, pour obtenir gain de cause, de nous acculer à des concessions donnant par exemple, des facilités pour notre agriculture contre l'abolition du secret bancaire.

La Fontaine n'avait pas tort d'écrire que la raison du plus fort est toujours la meilleure.

Pourquoi les USA refusent le TPI

Il y a deux ans, dans son livre sur Henry Kissinger, Christopher Hitchens, un journaliste et écrivain britannique de Plymouth, demandait si ce personnage inquiétant, ne devrait pas être déféré devant le Tribunal International de la Haye pour crimes de guerre, crimes contre l'humanité et pour conspirations impliquant le meurtre, l'enlèvement et la torture? En tous cas, en lisant cette enquête serrée fondée sur des documents secrets, on peut logiquement conclure que ce juif américain a été l'instrument de

la violence mondiale. Ce livre vient de faire l'objet d'un scénario réalisé à Hollywood et il sera présenté au festival du film sur les Droits Humains. Nous sommes heureux de constater que les critiques de Peuple et Patrie avaient faites il y a plusieurs années déjà au sujet des zones d'ombre qui rôdaient autour d'Henry Kissinger soient enfin dénoncées sur la place publique internationale pour nous donner raison.

Henry Kissinger, ancien conseiller à la sécurité nationale et secrétaire d'Etat des présidents Nixon et Kissinger, reste aujourd'hui une éminence grise qui se tient à carreau, comme on dit vulgairement, car il fut l'instigateur de plusieurs sauterelles comme le putsch au Chili en 1973 qui fit des milliers de morts, après l'assassinat commandé par Kissinger, du général chilien Schneider, pour tenter de barrer la route à Allende afin d'installer Pinochet. Il a soutenu secrètement la tentative d'assassinat de Makarios à Chypre et ruiné l'expérience d'un système démocratique au Bangladesh. Ce prix Nobel de la Paix qui lui fut octroyé en 1973 pour ses efforts en faveur du désengagement américain au Viet Nam a cyniquement organisé les bombardements sur le Cambodge et

le Laos ce qui prolongea de quatre ans ce conflit qui fit des centaines de milliers de morts. Il donna un soutien logistique à l'Indonésie dans le génocide du Timor oriental en 1975.

N'oublions pas qu'à l'époque Henry Kissinger était le héros de la politique des petits pas dont Mme Albright s'inspira par la suite. En somme, Kissinger est le précurseur de Georges W. Bush qui place, lui aussi, la défense des intérêts stratégiques vitaux étatsuniens en tête des priorités, sans s'occuper des dégâts «collatéraux». Les concepts d'axe du mal et de guerre préventive doivent beaucoup à cet homme qui utilisa ces termes au temps de la guerre froide contre le seul péril rouge. Aujourd'hui, il s'agit de terrorisme. Kissinger reprit le slogan de Lenine, «Qui n'est pas avec moi et contre moi», phrase utilisée aussi par Bush.

Henry Kissinger échappera-t-il jusqu'à sa mort aux poursuites judiciaires à la mode Milosevic ou Pinochet? En tous cas Christopher Hitchens vient de réclamer une enquête officielle qui n'aura probablement aucune suite, vu le refus catégorique des Etats Unis de re-

La Face cachée des guerre secrètes de la mondialisation

Georges W. Bush parle maintenant ouvertement, avant même de connaître les décisions de l'ONU, de reconstruction de routes, immeubles, électricité ou distribution d'eau en Irak qui sera détruit par les bombes. Voilà, comme nous l'avons dit il y a peu dans notre journal, une raison de plus de faire la guerre pour boucher le déficit immense creusé dans le budget des Etats Unis depuis des années. Il a même demandé à quelques dizaines de grandes firmes étatsuniennes de lui soumettre des devis.

A ce propos, il est bon de rappeler qu'au début du XX^e siècle, les Allemands avaient lancé un projet détaillé de la pratique moderne de la guerre économique. Lors d'un colloque à Berlin en 1996, un agent d'influence américain, ancien membre du FBI, remettait au général Pichot-Duclos (voir son livre «les Guerres secrètes de la mondialisation» Ed. Lavauzelle) un projet de loi Cohen identique au projet allemand.

Avant de donner les grandes lignes de ce montage satanique qui pourrait être mis en doute par beaucoup de gens, rappelons-nous les nombreuses polémiques qui entourèrent les «Protocoles de Sion» surtout après la Seconde guerre mondiale. Force est de constater aujourd'hui qu'une grande partie des conseils prodigués dans ce petit livre se sont réalisés. Donc, je me suis permise d'ajouter entre parenthèses, dans les titres qui vont suivre, des commentaires en italiques, pour prouver que toutes les prévisions concoctées dans le projet allemand par des esprits retors, ne sont pas des élucubrations de l'esprit.

Chapitre I - La grande Stratégie

Tout le commerce est une guerre - Le monde est un champ de bataille - Le génie industriel, «arme terrible», pour les nations fortes mais surtout l'Allemagne - Le risque de la haine mondiale - Le crime de la transplantation industrielle - (voir les nombreux licenciements dans les industries) - La suppression des relations scientifiques.

Chapitre II - Pour forger la foudre

La conservation des secrets stratégiques - Le succès éclatant de l'autorité inconcevable (Georges W. Bush?) - La mobilisation des savants - L'invention des succédanés pour les matières premières (aujourd'hui les OGM) - La nature vaincue - Les «traités», expédients temporaires - (voir les signatures souvent bafouées) - L'astuce en lutte contre l'hostilité du monde - La dénationalisation, mascarade commerciale - La propagande de désinformation.

Chapitre III - Le camouflage du commerce

Le déguisement impénétrable du «tambour de Düsseldorf» - Pour truquer les apparences du commerce ami (voir les manigances de l'OMC) - Le grand art de l'imitation - L'image stratégique du boycottage et de l'embargo «correctif» - (n'est-ce pas un fait en Irak depuis 14 ans?)

Chapitre IV - Les industries indispensables

Le contrôle militaire impérial (OTAN?) pour assurer la possession exclusive des industries stratégiques - le plan allemand pour supprimer la liberté de la science et la propriété intellectuelle - les principes de la bataille des embargos - La grande route vers la suprématie technique - Un moyen infailible pour baisser les prix.

Chapitre V - Garanties dorées et discipline de travail

La fusion des affaires et de l'armée - La bienveillance de l'Etat dans la surveillance de l'industrie - Les stocks en réserves, réserves de guerre - Subsidés et subventions - Levées de contributions sur toutes les affaires (TVA aujourd'hui) - Le fonds de garantie (FMI ou BM) - L'écrasement des grèves «inconcevables» - Pour arrêter les fuites des listes noires.

Chapitre VI - La muraille de Chine du secret

Le capital ne doit pas exister indépendamment de l'Etat (pourquoi pas les multinationales?) - Rapports obligatoires sur les découvertes - Le voile de mystère pour abriter les inventions allemandes - Privilèges spéciaux pour les industries de protection - L'organisation du travail à vie - La mise à ban des capitaux de l'entente.

Chapitre VII - La diplomatie avant garde de la guerre d'exportation

Les avantages particuliers et les rabais cachés - Prépondérance aux offres allemandes - L'obtention de privilèges secrets à l'étranger - L'échange confidentiel de convention (Délits d'initiés et Echelon)

Chapitre VIII - Un système féodal de commerce

La panacée du pouvoir arbitraire - La dispersion des Unions de travailleurs (syndicats) - Prélèvement général sur le capital et sur le travail - La main-mise de l'Etat sur l'individu - La juridiction sur la pensée des savants.

Chapitre IX - Le recrutement par force et le dressage des inventeurs

La récolte des fruits du génie (défaite des start-up) - La capture des inventions étrangères (espion-

nage industriel) - La division industrielle, bureau de renseignements obligatoire.

Chapitre X - L'armée de l'exportation à l'œuvre

La dictature des prix dans le monde - Comment créer un trésor de guerre? (le 11 septembre créa la panique et des milliards furent accordés à Bush) - Le quartier général de l'espionnage - Les hommes derrière les canons - La cour suprême de création - Le lancement de la réclame - La campagne du rôle de l'argent.

Chapitre XI - Les traités à proposer

Du sang et des exagérations (voir CNN) - Le droit de prendre, même par la ruse les matières premières où qu'elles se trouvent - La surveillance généralisée dans les pays alliés - La punition des boycotts ennemis.

Chapitre XII - Denationalisation contre la haine

Le commerce incognito - La supercherie érigée en système pour mettre dedans les acheteurs étrangers - Une sévère leçon commerciale - La réclame mensongère ou sous le manteau (voir programme subliminal TV) - Un mouvement de flanc dans les territoires neutres.

Chapitre XIII - Les ouvriers dans les industries fusionnées

La mise à ban des petits industriels et commerçants - Le travail à vie et héréditaire - Le crime d'incompétence - Régime énérgique pour maintenir les bénéfiques (mise à pied des travailleurs)

Chapitre XIV - Un frein pour le capital

Protection de certaines propriétés privées - Les effets désastreux de trop d'indépendance - Les bienfaits de l'esclavage financier - L'argent allemand pour l'Allemagne - (la guerre du secret bancaire) - Les relations entre les placements de capitaux et l'invasion industrielle (la non ingérence de l'Etat dans les magouilles financières).

Vous qui venez de lire tout cela, qu'en pensez-vous? Ne se croirait-on pas dans un ailleurs de science fiction? Et ce ne sont que les titres. Mais vu ce qui se passe autour de nous maintenant, il y a suffisamment de farfelus malades du cerveau, pour concocter ET appliquer de telles insanités dangereuses. Bref, je n'ai plus la force de faire des commentaires, heureusement que je les ai écrit au début.

Mary Meissner

Le Pileri: Pourquoi les USA refusent le TPI

Suite de page 13

connaître et d'accepter les bons offices du TPI chapeauté maintenant par un organe nouveau-né le CPI dont Carla del Ponte convoitait la direction. De plus, on comprend aujourd'hui avec la guerre en Irak, comment un pouvoir totalitaire qui se dit démocratique peut organiser des crimes à l'échelle mondiale grâce à des hommes sans scrupule n'ayant comme seules motivations que le cynisme, l'argent et le pouvoir. Octopuz

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le comble de l'horreur

Etant écœurée de voir tant d'images terribles passées et repassées sur toutes les télévisions du monde, j'eus l'envie d'aller me promener sur les chaînes animalières et j'ouvris le canal d'Animal Planet. Je crus défaillir, car là aussi, des scènes terrifiantes agressèrent mes yeux et mon cœur.

Nous sommes au Nord de la Russie, dans un immense territoire au bord de la mer. Des marins dépècent des baleines, et autres mammifères marins, coupant de larges morceaux de viande qu'ils jettent dans des camions qui attendent en file indienne. Cette viande manipulée sans précaution d'hygiène est transportée vers des fermes d'élevage de renards. Dans une grande remise, la viande sanguinolente est renversée à même le sol, puis on voit des bouchers munis de longues fourches jeter cette montagne de «déchets carnés» dans des broyeuses. Il en sort une bouillie transportée dans des bacs et destinée aux repas des renards. Pauvres petites bêtes en cages minuscules dont elles ne sortent jamais, été comme hiver, leurs pattes s'usant sur des caillbotis en fil de fer.

Dans l'une de ces fermes, il y a 600 bêtes. Dans l'autre, aussi grande, il n'en reste que quelques dizaines. Là, des hommes s'en occupent à bien plaisir, car ils ne sont pas payés depuis des mois. Ils continuent cependant à pêcher à outrance des tonnes de baleines, orques, éléphants de mer et autres mammifères marins (pour se nourrir eux aussi), alors qu'ils n'ont pas besoin d'autant de nourriture comme dans l'autre ferme qui contient 600 individus. Alors des montagnes de viande pourrissent dans une odeur infecte au fond de hangars en décrépitude.

Le pire, c'est que ces bourreaux continuent imperturbablement à



harponner non seulement les cétacés, mais ils tuent aussi ces renards venus à maturité, arrachant leur peau sans ménagement après deux piqûres. Dans la ville la plus proche, des milliers de peaux s'entassent qui ne trouvent plus preneur.

Qui osera, comme Franz Weber, organiser une descente dans ce pays laissé à l'abandon par des autorités trop occupées à faire de la politique politicienne? Quel journaliste aura le cœur bien en place pour prendre des photos à vulgariser dans le monde entier pour conscientiser des populations dont les femmes portent des fourrures? (Surtout on Chine où je les ai vues dans d'immenses magasins).

Quel est l'organisme assez puissant pour faire pression sur le gouvernement Poutine?

Poser la question c'est y répondre. Tant qu'il y aura des massacres d'êtres humains en Tchétchénie, en Indonésie, en Palestine, en Colombie, en Erythrée, au Cachemire, en Angola, en Afghanistan, au Kosovo, en Algérie, et maintenant en Irak, il n'y a aucune chance de sauver les animaux martyrisés. Il ne nous reste plus, à nous, les défenseurs des animaux, que nos larmes pour pleurer et nos seules prières.

Mary Meissner, Vernier

On croit rêver!

Décidément le président Georges W. Bush n'arrête pas de mettre les pieds dans le plat. Ne demande-t-il pas maintenant aux médias internationaux et de conséquence aux Irakiens mis en cause, de respecter leurs prisonniers américains et de les traiter avec humanité selon les conventions de Genève. C'est vraiment l'hôpital qui se fout de la charité. Les bombardiers et autres moyens de destruction étasuniens, traitent-ils avec humanité les populations civiles? Il demande qu'on ne photographie pas les visages des prisonniers américains sur les écrans de télévision, mais il n'a aucune objection si l'on nous montre des cadavres de soldats irakiens, de femmes et d'enfants, largement dif-

fusés jusque dans les hôpitaux. Quelle est la différence entre ces images révoltantes? Aucune, car elles montrent l'horreur des guerres qu'il faut éviter à tout prix. Donc, conclusion: merci à Al Jezira qui remet l'église au milieu du village, ce qui met à l'index les protestations de Blair et Bush voulant persuader les populations du monde entier que l'unique vérité, c'est leur guerre juste, propre et sans cadavre. Comme l'a dit avec véhémence un commentateur à la distribution des Oscars à Hollywood, «dénonçons cette guerre fictive, initiée par un président fictif, pour des raisons fictives». Malheureusement, les morts ne sont pas fictives.

Mary Meissner

Le comble du cynisme

Les Américains bushistes et leurs vassaux militaires rejoignent les auteurs et acteurs de films X en mettant à profit leurs connaissances hollywoodiennes pour faire entrer la guerre par écrans interposés dans chaque demeure autour du monde. Ils ont permis à 500 journalistes de s'intégrer au conflit avec appareils de photos, enregistreurs et téléphones portables probablement, afin de convaincre les téléspectateurs de leur bon droit de faire la guerre.

On tombe de Charybde on Scylla. Auparavant les nouvelles guerrières étaient filtrées, déformées et diffusées en différé, et les journalistes étaient parqués à des endroits camouflés, donc désignés d'avance et de surcroît bien surveillés. Demain, c'est-à-dire aujourd'hui, le sang, les destructions et les ruines seront montrés comme une «love» story létale, où l'horreur sera montée en épingle d'un «living show» (théâtre vivant)

version améliorée. Cette nouveauté va s'apparenter aux spectacles pédophiles «hard» sur internet ou dans les cinémas spécialisés et que nous le voulions ou non, il y aura des accroc de l'horreur et de la violence qui redemanderont.

Ce que les bushistes mettent en place ressemble à une OPA mondialiste, ou à une Bourse cinématographique pour faire remonter les actions de Hollywood et consolider l'emploi dans les médias qui doivent toujours avoir du pain sur la planche pour survivre. Le cynisme l'arrogance, et l'appétit dévoyé n'ont plus de bornes et j'attends une levée de boucliers de la part de ceux qui pensent comme moi afin de boycotter ce lavage de cerveau que nous subissons depuis quelque temps, comme ce fut le cas après les événements du 11 septembre qui étaient montrés en boucle sur tous les écrans et dans tous les journaux, 24 heures sur 24.

Charlotte Morel

Le Piloni

Religion à l'école

Plusieurs conférences et réunions sont en cours ces jours-ci, dans les cantons de Vaud et de Genève, concernant outre les notes à l'école, les leçons de religion. Je ne voudrais pas mettre en cause les raisons invoquées concernant le premier point, mais je me pose des questions sur le second. De mon temps, je me souviens qu'à l'école primaire de Montriond de Lausanne, nous avions un livre qui nous expliquait la Bible du point de vue chrétien. Chacun selon ses croyances suivait le catéchisme à l'église après l'école pour les catholiques et probablement que les juifs ou les rares musulmans, avaient leurs propres leçons de religion. Mais nous n'avions aucun problème de ce côté là et personne n'avait l'idée de discuter de la chose.

La situation ayant changé maintenant que nous avons tant de musulmans sur nos bancs d'école et qu'il y a des affaires comme le foulard ou un professeur Ramadan à Genève, nous nous trouvons devant un problème qui est presque insoluble pour la bonne raison que les religions juive et musulmane sont des manières de vivre intégrant la religion dans leurs us et coutumes à chaque instant de la journée et même dans la mort, il y a des exigences particulières. Donc, en Occident chrétien, il ne faut jamais oublier que les Etats sont devenus laïcs, dissociant les questions religieuses des lois étatiques démocratiques. C'est pourquoi, il y a lieu de ne pas discuter si oui ou non il faut inclure des leçons de religion dans nos écoles primaires? C'est

définitivement non afin d'éviter des réactions violentes et fanatiques telles que celles que nous avons vues dans le monde. Par contre, inclure dans les heures d'histoire les tenants et les aboutissants de telle ou telle conception nationale, cela aiderait grandement les enfants à faire leur choix et les livres de Mircea Eliade sont un bon point de départ.

Séquençage du génome de la souris

A Genève, au CMU (Centre médical universitaire) dans le laboratoire de génétique médicale, les chercheurs de l'université ont entièrement complété le séquençage du génome de la souris. Par le chromosome 21 qui est à l'origine de la trisomie 21, on a trouvé que 99% des gènes de la souris (30'000) sont «homologues» à ceux de l'homme. Ce travail de titan est compulsé dans un Atlas qui peut être consulté sur internet.

Un nouveau centre UNIPROT financé à raison de 15 millions de \$ par les Etats Unis, vient de s'ouvrir à Genève, pour peaufiner la connaissance des protéines qui fabriquent les gènes, en un mot le mécanisme de la vie. D'après les chercheurs, nous serions dans ce domaine, comme au Moyen Age. Un homme qui recevrait une super voiture remplie de gadgets devrait commencer par la démonter pour y comprendre quelque chose. Espérons qu'une connaissance plus approfondie des protéines réussisse aussi bien que le séquençage des gènes de la souris.

Octopus

SD-Betroffenheit zum Kriegsausbruch

Erklärung von SD-Nationalrat Bernhard Hess anlässlich
der Sondersitzung der Bundesversammlung vom 20. März 2003

Die Schweizer Demokraten haben mit Bestürzung vom Ausbruch des Irakkrieges Kenntnis genommen. Niemand von uns hier in der Schweiz hat diesen Krieg gewollt. Aber es liegt jetzt in unser aller Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass dem Schweizer Volk kein Schaden aus diesem Krieg erwächst. Deshalb halte ich es für angemessen, dass wir in dieser Situation über alle Parteigrenzen hinweg zusammenkommen, um über die Lage zu sprechen, die sich für die Schweiz ergibt. Ich weiss, dass viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land tief besorgt sind, welche Konsequenzen der Krieg im Irak für die Schweiz haben wird. Manche Sorge, die dabei zum Ausdruck kommt, mag übertrieben oder irrational erscheinen. Es ist aber unsere Aufgabe, die Ängste der Bürger ernst zu nehmen. Nach dem 11. September 2001 ist auch bei uns viel über mögliche Gefährdungen gesprochen worden. Das betraf nicht nur die Si-

cherheitslage. Er gab auch Befürchtungen, dass sich das Klima in unserem Land verändern könnte. Im Interesse des inneren Friedens in unserem Land müssen wir gemeinsam alles unternehmen, um zu verhindern, dass die Schweiz zum Schauplatz einer radikalisierten Auseinandersetzung wird.

Die Schweizer Demokraten fordern die Einhaltung der strikten Neutralität und den Austritt der Schweiz aus der UNO, denn die Vereinten Nationen und vor allem der Sicherheitsrat scheinen nicht nur geschwächt, sondern auch unfähig, sich den Weltherrschaftsansprüchen der einzigen Weltmacht USA entschieden entgegenzustellen. Zudem muss man sich die Frage stellen, ob nicht die kriegführenden Parteien auch die Last der Aufnahme der zu befürchtenden Flüchtlingströme übernehmen sollten. Die Vereinten Nationen haben es nicht geschafft, eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Es wird nun unsere gemeinsame Aufgabe sein, den Folgen eines Krieges, so furchtbar er auch ist,

Verlangen an den Bundesrat

*Sehr geehrte Damen
und Herren Bundesräte*

Erlauben Sie uns folgende Frage: Warum haben Sie rund um unser Land unsere Grenz- und Zollposten in den letzten vier Jahren Schritt um Schritt abgebaut? Warum hat Frau BR Metzler an Hunderten von Grenzposten ab 18 Uhr und ausgerechnet in der Nacht keinen einzigen Beamten mehr? «Einwanderer» können busweise bis ins Herz der Schweiz fahren, ohne Kontrolle, ohne Papiere und ohne Nachweis eines Grenzübertritts. Wenn diese «Asylanten» irgendwo im Hinterlande angekommen sind, verstecken oder vernichten sie ihre Pässe! Nun kann ihnen niemand mehr nachweisen, über welche Grenze sie wann und wie gekommen sind! Genau diesen Übertrittsnachweis aber verlangen unsere EU-Nachbarländer, wenn sie von uns illegal Eingereiste zurücknehmen sollten!

Wir verlangen darum dringend und sofort eine Umkehr dieser fragwürdigen Entwicklung an unseren Grenzposten. In Anbetracht der realen Sachlage und mit Blick auf den Wunsch vieler Menschen aus aller Welt, sich in der Schweiz niederzulassen, hätte Ihr Departement die Zahl der Grenzbeamten erhöhen müssen. Machen Sie nötige Schritte, um einen unfairen, milliardenschweren Asyltourismus für Fragwürdige in unser Land zu stoppen. Unsere Hilfe soll vorort geleistet werden. Profitieren sollen jene, die es wirklich nötig haben. Afrikaner und Asiaten, die hier Asyl beantragen, konnten nur mit Tausenden von Dollars Papiere und Schlepper bezahlen. Kein Normalsterblicher aber kann in diesen armen Ländern in Anstand und Würde je zu soviel Geld kommen!

*Wir danken Ihnen.
SD Thurgau*

mit Besonnenheit und Augenmass zu begegnen. Das ist die gemeinsame Verantwortung, der alle politisch Verantwortlichen in der

Schweiz in den kommenden Wochen und Monaten gerecht werden sollen; dies unter dem Motto «Du sollst nicht töten».

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

SD lancieren Initiative zur Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten

Die Schweizer Demokraten (SD) melden sich mit einem neuen Volksbegehren zur Begrenzung der aussereuropäischen Zuwanderung an der Initiativfront zurück.

Per 11. März 2003 wurde mit dem Sammeln von Unterschriften für die Initiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» begonnen. Das Volksbegehren will, dass die Zahl der in einem Jahr einwandernden Personen, einschliesslich derjenigen, die ein Asylgesuch stellen oder deren Wegweisung weder möglich, zulässig noch zumutbar ist, nicht höher sein darf als die Zahl der im Vorjahr ausgewanderten Personen. Von der Regelung ausgeschlossen sind insbesondere Personen, die sich mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung in der Schweiz aufhalten, und Angehörige von Staaten, mit welchen die Schweiz Abkommen über den freien Personenverkehr (bilaterale Verträge) abgeschlossen hat.

Seit einigen Jahren muss eine deutliche Zunahme der ständigen ausländischen Bevölkerung von aussenhalb des EU/EFTA-Raumes festgestellt werden. Zwischen 1980 und 2003 vervierfachte sich die Zu-

wanderung aus Afrika, Asien sowie Mittel- und Südamerika. Im gleichen Zeitraum verachtete sich die aus dem Balkan stammende Bevölkerung in der Schweiz sogar. Die SD erhoffen sich mit dieser Wanderungsbilanzinitiative eine

Stabilisierung und längerfristig sogar einen Abbau der kaum assimilierbaren aussereuropäischen Bevölkerung in der Schweiz.

*SD-Pressedienst
vom 11. März 2003*



Begrenzung der aussereuropäischen Einwanderung

Die neue SD-Initiative «Für eine Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» ist da.
Ja, da mache ich auch mit!



Ich bestelle _____ (Anzahl) Unterschriftenbogen der neuen SD-Initiative

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116,
3001 Bern, oder per Telefax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch